



# Stenographischer Bericht

## 1. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Juli 1994,  
in Magdeburg, Landtagsgebäude

### Inhalt:

<b>TOP 1</b>	<b>TOP 7</b>
Eröffnung durch den Alterspräsidenten.....1	<b>Wahl des Landtagspräsidenten</b>
	Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/4.....5
<b>TOP 2</b>	Präsident Herr Dr. Keitel ..... 6
Berufung des vorläufigen Sitzungsvorstandes....1	
	<b>TOP 8</b>
<b>TOP 3</b>	<b>Wahl der Vizepräsidenten des Landtages</b>
Feststellung der Beschlußfähigkeit.....3	Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 2/5
	Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 2/6.....7
<b>TOP 4</b>	
Entwurf einer Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages - Drs. 2/1	<b>TOP 9</b>
Beschluß ..... 4	<b>Änderung der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags</b>
	Allgemeine Genehmigung in Immunitätsange- legenheiten - Drs. 2/2
<b>TOP 5</b>	Beschluß ..... 8
Mitteilung über die Bildung von Fraktionen.....4	
<b>TOP 6</b>	
Genehmigung der Tagesordnung.....5	

**Verfahrensgrundsätze des Petitionsausschusses - Drs. 2/3**

Beschluß .....8

**TOP 10****Wahl der Schriftführer des Landtages**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der PDS  
und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Drs. 2/7.....9**TOP 11****Feststellung der Konstituierung des Landtages  
der zweiten Wahlperiode.....9****TOP 12****Wahl des Ministerpräsidenten**

Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Drs. 2/8

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/9

Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Dr. 2/14

Herr Dr. Fikentscher (SPD) ..... 11, 12, 16, 20

Herr Scharf (CDU) ..... 11, 12, 16

Herr Becker (CDU) ..... 11

Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) ..... 16, 22

Herr Remmers (CDU) ..... 17

Herr Dr. Bergner (CDU) ..... 18

Frau Dr. Sitte (PDS) ..... 21

**TOP 13****Vereldigung des Ministerpräsidenten**

Ministerpräsident Herr Dr. Höppner ..... 25

Beginn: 10.08 Uhr.

**Alterspräsident Herr Tschiche:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur heutigen konstituierenden Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt heiße ich Sie alle recht herzlich willkommen.

Ich denke, wir befinden uns in einem wichtigen politischen Entscheidungsprozeß, und ich hoffe, daß unser Verhalten dem Stil dieses Hauses nicht widersprechen wird.

Zu Anfang muß ich Ihnen einige Regeln aufsagen. Es beginnt damit, daß es üblich ist, daß in jedem Parlament der Welt der älteste oder die älteste Abgeordnete Alterspräsident oder Alterspräsidentin ist. Ich habe nun gehört, daß ich der Älteste sein soll.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Ich bin Hans-Jochen Tschiche aus Samswegen, über den Landesvorschlag der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN gewählter Abgeordneter dieses Landtages. Ich wurde am 10. November 1929 geboren. Ich frage vorsichtshalber: Befindet sich etwa unter den gewählten Abgeordneten jemand, die oder der älter ist als ich? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne damit offiziell die erste Parlamentssitzung des neu gewählten Landtages von Sachsen-Anhalt und begrüße Sie alle zu dieser Sitzung, wie ich das eingangs schon gesagt habe, vor allem die Gäste.

Unter unseren Gästen sind viele Persönlichkeiten, von denen man sagt, sie seien wichtig und verdient. Man möge mir nachsehen, daß ich nur einige wenige persönlich und namentlich erwähnen kann.

Ich begrüße besonders den Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtages, Herrn Jordan,

(Beifall im ganzen Hause)

den von uns allen verehrten Alterspräsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt der ersten Wahlperiode, Herrn Hildebrandt,

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

die nicht weniger verehrte Vizepräsidentin des Landtages der ersten Wahlperiode, Frau Pieper,

(Beifall im ganzen Hause)

den Präsidenten des Landesverfassungsgerichtes, Herrn Professor Goydke,

(Beifall im ganzen Hause)

Herrn Generalvikar Stolpe in Vertretung des katholischen Bischofs von Magdeburg,

(Beifall im ganzen Hause)

Herrn Probst Treu in Vertretung des Bischofs der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen,

(Beifall im ganzen Hause)

Herrn Oberkirchenrat Franke in Vertretung des Kirchenpräsidenten der evangelischen Landeskirche Anhalt,

(Beifall im ganzen Hause)

den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Sachsen-Anhalts, Herrn Ledermann,

(Beifall im ganzen Hause)

den Präsidenten des Landesrechnungshofes, Herrn Dr. Schröder,

(Beifall im ganzen Hause)

und, last, not least, den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Herrn Dr. Polte.

(Beifall im ganzen Hause)

Darüber hinaus begrüße ich herzlich die Ehrengäste der Fraktionen. Und zum Schluß - ich vergesse sie nicht - die Medien: Presse, Fernsehen und Funk. Ich denke, wir haben hier in Sachsen-Anhalt ein gutes Verhältnis miteinander gehabt. Wir haben nicht die üblichen Schlachten geschlagen, die es sonst gegeben hat. Und ich hoffe, daß das auch in Zukunft so sein wird. Die Medien haben eine wichtige Funktion. Sie halten den Politikern einen Spiegel vor. Mancher erschrickt, und mancher freut sich, wenn er hineinschauen kann. Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß das auch in Zukunft so sein wird.

Nun geht es um einige nicht unwesentliche Verfahrensfragen. Die Geschäftsordnung des vorhergehenden Landtages ist nicht mehr in Kraft. Bis zur Entscheidung über die Geschäftsordnung für den Landtag der zweiten Wahlperiode ist unser Verfahren daher ungeregelt, soweit die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt nicht entsprechende Vorschriften bereithält. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, werden wir für diese wenigen Fragen die entsprechenden Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages der ersten Wahlperiode anwenden.

Das ist der § 59 der Geschäftsordnung des Landtages der ersten Wahlperiode. Er betrifft die Leitung der ersten Sitzung, also die Festlegung, daß ich sie leiten soll. Und es ist der § 70 der Geschäftsordnung des Landtages. Da geht es um die Beschlußfähigkeit. Ich meine, diese Punkte brauchen wir.

Erhebt sich Widerspruch, daß wir diese Punkte jetzt zur Grundlage des kommenden Verfahrens machen? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann kann so verfahren werden.

Im übrigen gilt Artikel 51 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt, wonach der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließt, sofern die Verfassung nichts anderes bestimmt.

Damit ich hier vorn tätig werden kann, brauchen wir einen Sitzungsvorstand. Wir kommen daher zur

**Berufung des vorläufigen Sitzungsvorstandes**

Dazu ist es notwendig, aus der Mitte des Hauses zwei Abgeordnete aufzurufen, die bis zur Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer mit mir gemeinsam den Sitzungsvorstand bilden.

Aus der Tradition heraus werden als vorläufige Schriftführerinnen oder Schriftführer vom Alterspräsidenten üblicherweise die jüngste und der jüngste Abgeordnete benannt. Dies sind die Abgeordneten Matthias Gärtner von der PDS, geboren am 18. November 1972, und Antje Tietz von der PDS, geboren am 3. März 1969. Mir wurde mitgeteilt, daß von Frau Tietz eine Entschuldigung vorliegt und sie nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Die nächstjüngste Abgeordnete ist - den meisten ja bekannt, nehme ich einmal an - Frau Katrin Budde von der SPD, geboren am 13. April 1965. Ich frage

beide, ob sie bereit sind, dieses vorläufige Amt zu übernehmen. Frau Budde, sind Sie bereit?

(Frau Budde, SPD: Ja)

Herr Gärtner, sind Sie bereit?

(Herr Gärtner, PDS: Ja)

Dann bitte ich Sie, zu meiner Rechten und Linken am Präsidententisch Platz zu nehmen. - Ich danke Ihnen beiden, daß Sie das Amt angenommen haben. Der Sitzungsvorstand, stelle ich jetzt fest, ist damit komplett.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns einen Augenblick zurückschauen. Unser Dank und Gruß gilt heute den Damen und Herren, die Mitglieder der ersten Wahlperiode in diesem Landtag waren, die in diesem Hause fast vier Jahre lang engagiert, und, wie sie meinen, zum Nutzen des Landes gewirkt haben. Diejenigen, die ausgeschieden sind und nun nicht mehr diesem Hause angehören, begleiten, wie wir zu sagen pflegen, unsere besten Wünsche. Wir wünschen ihnen alles Gute für die weitere persönliche und berufliche Zukunft.

Sie gestatten mir, daß ich allen Mitgliedern des Landtages der ersten Wahlperiode für dieses Engagement danke. Denn es war ja, so kann man sagen, eine aufregende Zeit. Im Lande wurde die Demokratie neu installiert, und wir hatten manchmal unsere Mühe damit. Aber ich denke, im großen und ganzen haben wir die Gesellenprüfung bestanden. Ob das, was vor uns liegt, ein Meisterstück wird, müssen wir abwarten.

Ich danke allen in diesem Hause für die Zusammenarbeit, die bis hin zur persönlichen Freundschaft gegangen ist, auch weit über die Parteigrenzen hinaus. Ich denke, uns Ostdeutsche zeichnet aus, daß wir noch nicht in Fronten denken, sondern wissen, daß wir eine gemeinsame Aufgabe haben. Ich denke, über allen Streit hinaus hat das im letzten Landtag auch mancher unter uns bewiesen.

Unser Dank gilt auch dem bisherigen Ältestenrat, insbesondere dem Präsidenten der ersten Wahlperiode. Ihnen, Herr Dr. Keitel, dankt dieses Haus in besonderer Weise für Ihre Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben genau das getan, was man von einem Präsidenten des Landtages erwartet. Sie waren sozusagen unser Bundespräsident, der über alle Parteigrenzen hinweg versucht hat, diesen Landtag verantwortlich zu führen. Und ich denke, Sie haben das nach außen und nach innen in Ihrer bewährten Weise getan.

Allen neuen Mitgliedern gilt mein besonderer Gruß. Wir Alten, wenn ich das so sagen darf - und ich bin ja nun der Allerälteste -, freuen uns auf den Schwung und die Anregungen, mit denen Sie die parlamentarische Arbeit sicherlich bereichern werden.

An diese Stelle gehört jetzt mein persönliches Wort. Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe lange gezögert, ob ich an dieser Stelle reden sollte. Das vorzeitige Ende der ersten Legislaturperiode

(Herr Scharf, CDU: Stimmt doch gar nicht!)

und der Beginn der zweiten müssen eigentlich gedeutet werden. Sicher kann man sagen, sie ist im Rahmen der Verfassung ordentlich beendet worden.

(Herr Scharf, CDU: Eben!)

Aber trotzdem war es in gewisser Weise doch ein vorzeitiges Ende.

(Herr Scharf, CDU: Es war kein vorzeitiges Ende!  
- Herr Dr. Püchel, SPD: Es geht schon wieder los!)

Aber das wäre jetzt unangemessen, weil die Gegenrede, Herr Scharf, nicht möglich ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann bleibt eine staatstragende Rede; aber ich weiß nicht genau, was das eigentlich ist. Sollte sie die Sprechblase politischer Routine sein, dann kann ich Ihnen damit leider nicht dienen.

Ich will also nicht streiten, und ich will auch nicht schwätzen. Es bleibt mir eigentlich nur die Möglichkeit, Sie zu bitten, meine Erfahrungen anzuhören und meine Einsichten zu bedenken.

Also, sei es drum: fünf Erinnerungen, fünf Einsichten und ein Nachsatz. Ich mache es an Jahreszahlen fest.

1946 - die Waffen schweigen seit einem Jahr in Europa. Der Kontinent ist zerstört. Ich bin 16 Jahre alt. Meine Eltern reden nicht über das in Rauch und Trümmern untergegangene Reich des Tyrannen. Sie blicken nach vorn und schauen nicht zurück. Da fällt mir ein Buch von Eugen Kogon in die Hände, sein Titel: Der SS-Staat. Ich lese es, und vor meinen Augen entsteht das Grauen der deutschen Konzentrationslager und eine Ahnung von den Brutalitäten, die im Namen des deutschen Volkes in ganz Europa begangen worden sind. Der Blick in den Abgrund wurde das Ende meiner jugendlichen Unbekümmertheit.

Eine erste Überzeugung für mein öffentliches Handeln setzte sich frei und fest: Ich werde niemals den nationalistischen Rattenfängern folgen. Ihr arroganter Hochmut, gepaart mit Macht, bringt Unglück über die Welt.

Nächstes Datum: 1953. Ich stehe in Berlin unter den Linden. Seit dem frühen Morgen des 17. Juni bin ich unterwegs. Vor dem Regierungssitz habe ich mit den anderen gerufen: Spitzbart und Brille sind nicht des Volkes Wille! Das ging gegen Ulbricht und Grotewohl, stellvertretend für alle, die uns den Sozialismus stalinistischer Prägung wie eine Roßkur verordnet hatten. Seit 15 Minuten rollen die sowjetischen Panzer. Arbeiter kommen aus Hennigsdorf über die Straße Unter den Linden anmarschiert; sie singen das Kampflied der Arbeiterklasse, die Internationale. Die Panzer der Roten Armee treiben sie auseinander.

Eine zweite Überzeugung setzte sich für mein öffentliches Handeln in mir fest: Ich werde niemals den Machtbesessenen folgen, die ihren Traum von einer gerechten Welt mit Gewalt durchsetzen wollen. Ihr doktrinärer Hochmut, gepaart mit Macht, vertieft das Unrecht in der Welt.

1968 - ich stehe in einer Kirche in Stendal. Ich halte einen Vortrag über die friedliche Koexistenz. Es ist September. Im August war in Prag der Versuch, die französische Revolution und die Oktoberrevolution in Einklang zu bringen, gescheitert. Freiheit für alle und Gerechtigkeit für alle - die roten Zaren wollten es nicht zulassen. Das vormundschaftliche System erwies sich als unveränderbar.

Eine dritte Überzeugung tat ich öffentlich kund: Veränderungen wachsen von unten. Mündige Bürgerinnen und Bürger sind die Träger der Demokratie, nicht die

patriarchalischen Machteliten, bei denen Überzeugungen zu Phrasen geronnen sind. Ihr leeres Pathos, gepaart mit Macht, zerstört die Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern.

1981 - ich bin beim vierten Punkt. Die Spirale der Rüstung dreht sich weiter. Von Dresden geht eine Initiative junger Christen aus, die einen sozialen Friedensdienst fordern. Sie widersetzen sich öffentlich der Politik der atomaren Abschreckung. Der Staat reagiert mit Drohungen.

Ich schreibe einen offenen Brief an den Ersten Sekretär der Bezirksleitung der SED in Cottbus, Herrn Walde. Ich zitiere:

„Die innere Bereitschaft zur militärischen Gewaltanwendung, auch um einer guten Sache willen, ist nach meiner Ansicht kein Erziehungsziel mehr, das dem Staat dient. Es ist der Feind in uns selbst, die Angst um unseren Einfluß, um unsere Macht, unsere menschliche Unduldsamkeit und unsere ideologische Rechthaberei, die uns zerstören. Wir müssen uns in diesem Land“

- gemeint war die DDR zu diesem Zeitpunkt -

„vom Kult des Militärischen abkehren.“

Eine vierte Überzeugung für mein Handeln trat hier zutage: Widersprüche gegen die Irrwege der Mächtigen gehören in die Öffentlichkeit. Schweigen aus Angst macht uns zu Mittätern.

1989 - Wir sitzen in Grünheide auf dem Grundstück von Robert Havemann, dem zur Legende gewordenen Dissidenten der DDR. Es ist ein Sonnabend, der 9. September 1989. An diesem und dem folgenden Tag entsteht der Aufruf des Neuen Forums. Wir ahnten nicht, daß bereits ein Jahr später das Ende der DDR beschlossene Sache sein sollte. Wir wollten die DDR reformieren, nicht sie zerstören. Die Geschichte lief an uns vorbei, ehe wir überhaupt zur Besinnung kommen konnten.

Die Träume von 1989 sind ausgeträumt. Nicht, daß sie sinnlos waren - wo wären wir heute, wenn sie nicht gewesen wären? -, aber 1994 bringt eine andere Herausforderung. Unsere Wende-Urteile sind nicht mehr haltbar. Die politische Situation hat sich verändert. Ich kann die politische Auseinandersetzung nicht mehr mit den Argumenten des Kalten Krieges führen. Vorurteile erleichtern zwar das Urteil, aber verstellen den Blick für die Wirklichkeit.

Das ist die fünfte Überzeugung, die hier zutage tritt, die mein öffentliches Handeln prägt: Ich will die Wirklichkeit wahrnehmen, denn es gilt, sie zu gestalten. Scheuklappen berauben mich der Handlungsfähigkeit.

Ich bin am Ende meiner Rede, meine Damen und Herren, aber erlauben Sie mir noch einen, den versprochenen Satz. Er ist eine Banalität, aber ich sage ihn trotzdem: Das Leben ist mehr als der Landtag von Sachsen-Anhalt.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das ist wahr!)

Unsere protestantischen Sekundärtugenden wie Ernsthaftigkeit, Pflichtbewußtsein und Fleiß können sich unter Umständen verheerend auf unser Innenleben auswirken. Nur wer sich selbst aus der Distanz sehen kann, hat die Fähigkeit, sich und sein Tun auch einmal merkwürdig zu finden, wird die Gelassenheit leben, die den Menschen liebenswürdig macht.

Ich bin der Alterspräsident, aber ich glaube es nicht so recht.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei der PDS und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns in den Regularien fortfahren. Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 3:**

### Feststellung der Beschlußfähigkeit

Ich darf Sie, Frau Budde, bitten, die Namen der Abgeordneten des Landtages der zweiten Wahlperiode aufzurufen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren - nicht, weil wir in der Schule sind, sondern damit wir uns einmal gegenseitig sehen -, aufzustehen und mit „Hier“ zu antworten.

(Schriftführerin Frau Budde verliest die Namen der Abgeordneten)

Folgende Abgeordnete sind anwesend:

Herr Becker  
 Frau Bendler  
 Herr Dr. Bergner  
 Herr Biener  
 Herr Bischoff  
 Frau Blenkle  
 Herr Dr. Böhmer  
 Frau Budde  
 Frau Bull  
 Herr Bullerjahn  
 Herr Claus  
 Herr Czeke  
 Herr Dr. Daehre  
 Frau Dirlich  
 Frau Doll  
 Herr Dr. Eichler  
 Herr Engel  
 Herr Ernst  
 Herr Felke  
 Herr Dr. Fikentscher  
 Frau Fischer (Geusa)  
 Frau Fischer (Leuna)  
 Herr Gallert  
 Herr Gärtner  
 Frau Geikler  
 Herr Geisthardt  
 Herr Dr. Gies  
 Herr Gürth  
 Frau Hajek  
 Frau Häußler  
 Herr Dr. Hecht  
 Frau Heidecke  
 Frau Dr. Hein  
 Herr Hoffmann

Herr Dr. Höppner  
 Herr Jeziorsky  
 Herr Kasten  
 Frau Kauerauf  
 Herr Dr. Keitel  
 Herr Kern  
 Frau Knöfler  
 Herr Knolle  
 Herr Krause  
 Herr Kühn  
 Herr Kuntze  
 Herr Dr. Kupfer  
 Frau Dr. Kuppe  
 Herr Lehmann  
 Frau Leppinger  
 Frau Lindemann  
 Herr Prof. Dr. Lüderitz  
 Herr Madl  
 Frau Mittendorf  
 Herr Nägler  
 Herr Dr. Nehler  
 Herr Oleikiewitz  
 Herr Dr. Püchel  
 Herr Quien  
 Herr Rahmig  
 Herr Reck  
 Herr Dr. Rehhahn  
 Herr Reichert  
 Herr Remmers  
 Herr Rieck  
 Herr Ritter  
 Herr Dr. Rönnecke  
 Herr Sachse  
 Herr Schaefer  
 Herr Scharf  
 Herr Schellbach  
 Herr Schlaak  
 Herr Schmidt  
 Herr Schomburg  
 Herr Schubert  
 Herr Schulze  
 Herr Dr. Schuster  
 Herr Sennecke  
 Frau Dr. Sitte  
 Herr Dr. Sobetzko  
 Herr Sommerfeld  
 Herr Prof. Dr. Spotka  
 Frau Stange  
 Herr Steppuhn

Frau Stolfa  
 Herr Taesch  
 Frau Thomann  
 Frau Tischner  
 Herr Tögel  
 Herr Prof. Dr. Trepte  
 Herr Tschiche  
 Herr Webel  
 Frau Wernicke  
 Frau Wiedemann  
 Herr Dr. Wolf  
 Herr Wulfert

#### **Alterspräsident Herr Tschiche:**

Ist jemand im Saal nicht aufgerufen worden? - Nein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind 99 Damen und Herren Abgeordnete in den Landtag von Sachsen-Anhalt der zweiten Wahlperiode gewählt worden. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß 95 Abgeordnete anwesend sind. Damit ist der Landtag beschlußfähig, denn mehr als die Hälfte der Abgeordneten ist anwesend. Ich stelle hiermit ausdrücklich die Beschlußfähigkeit des Landtages fest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir fahren nun mit den parlamentarischen Regularien fort. Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 4:**

#### **Entwurf einer Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages - Drs. 2/1**

Der Landtag hat im Augenblick keine Geschäftsordnung, da sie mit dem Ende der ersten Wahlperiode hinfällig geworden ist. Es besteht im Hause Einvernehmen darüber, die Geschäftsordnung des Landtages der ersten Wahlperiode als Vorläufige Geschäftsordnung des neu gewählten Landtages in Kraft zu setzen.

Als Beratungsgrundlage haben Sie die Landtagsdrucksache 2/1 auf Ihren Plätzen vorliegen. Dieser Entwurf entspricht bis auf Anlage 2 wörtlich der Geschäftsordnung des Landtages der ersten Wahlperiode. Diese Anlage 2 - es handelt sich um die Redezeitabelle - wurde einvernehmlich neu erarbeitet. Mir ist signalisiert worden, daß hierzu das Einvernehmen der Fraktionen des Landtages vorliegt. Ich frage dennoch, ob das Wort gewünscht wird. - Ich sehe, daß es nicht gewünscht wird.

Damit können wir zur ersten Abstimmung des Landtages der neuen Wahlperiode kommen. Wer der Vorläufigen Geschäftsordnung, vorliegend in Drs. 2/1, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist diese Vorläufige Geschäftsordnung bei einer Stimmenthaltung angenommen worden.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

#### **Mitteilung über die Bildung von Fraktionen**

Meine Damen und Herren! Im Landtag der zweiten Wahlperiode haben sich gemäß Artikel 47 Abs. 1 der Landesverfassung in Verbindung mit § 2 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages vier Fraktionen konstituiert: die Fraktion der CDU mit 37 Mitgliedern,

die Fraktion der SPD mit 36 Mitgliedern, die Fraktion der PDS mit 21 Mitgliedern und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit fünf Mitgliedern.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

### Genehmigung der Tagesordnung

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf Anregung des Präsidenten des Landtages der ersten Wahlperiode, Herrn Dr. Keitel, haben die Fraktionen einvernehmlich einen Vorschlag für die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Landtages der zweiten Wahlperiode aufgestellt. Diese liegt Ihnen gedruckt vor. Gibt es dazu Bemerkungen? - Es liegen keine Bemerkungen vor.

Ich lasse jetzt über die Tagesordnung in der vorgelegten Form abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich denke, wir kommen unter Tagesordnungspunkt 7 zum wichtigsten Punkt, nämlich zur

### Wahl des Landtagspräsidenten

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/4

Nach Artikel 49 Abs. 1 erster Teilsatz der Landesverfassung wählt der Landtag seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Das Vorschlagsrecht regelt die Verfassung nicht, aber die vorläufige Geschäftsordnung des Landtages, und zwar im § 4.

Auf dieser Grundlage ist es auch parlamentarischer Brauch, daß die stärkste Fraktion dieses Hauses vorschlagsberechtigt ist, das heißt in diesem Fall die Fraktion der CDU. Sie hat in der Drs. 2/4 den Abgeordneten Dr. Klaus Keitel vorgeschlagen.

Ich darf dazu einige Vorbemerkungen machen. Diese Wahl ist eine Abstimmung im Sinne des Artikels 51 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung in Verbindung mit dem § 4 Abs. 4 der Vorläufigen Geschäftsordnung. Danach ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Es ist Einvernehmen im Hause darüber hergestellt worden, die Wahl geheim durchzuführen.

Ich darf Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, insbesondere den neu zum Landtag gehörenden Abgeordneten das Abstimmungsverfahren erläutern. Es hat manchmal deshalb Verwirrungen gegeben.

Zunächst zu den Stimmzetteln. Auf diesen steht der Wahlvorschlag mit dem Namen Dr. Klaus Keitel. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja oder Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Wenn ein Stimmzettel beschädigt oder in irgendeiner Weise verändert ist, also etwa Männchen darauf gemalt sind, oder wenn er Zusätze enthält bzw. wenn mehr als ein Kreuz bei den Möglichkeiten der Abstimmung enthalten ist, dann ist dieser Stimmzettel ungültig.

Des weiteren würde ich Sie bitten, den Stift, der in der Wahlkabine liegt, zu benutzen, damit man nicht herausbekommt, wie Sie gewählt haben.

Ich bitte um Ihr Einverständnis, daß wir für den Wahlgang zwei weitere Abgeordnete einsetzen, die dafür Sorge tragen, daß es an der Wahlkabine und an der Wahlurne korrekt zugeht.

Es ist nun auch guter Brauch, daß man sozusagen die nächst Älteren dazu bittet. Ich habe leider Herrn Wolf um das Amt des Alterspräsidenten gebracht. Die „Volksstimme“ war da ursprünglich einmal anderer Meinung. Es handelt sich in diesem Fall um Herrn Egon Sommerfeld von der CDU und um Herrn Dr. Karl-Heinz Wolf von der SPD. Gibt es gegen diese Vorschläge Widerspruch? - Ich sehe keinen. Es ist somit beschlossene Sache. Ich hoffe, daß die beiden Herren die Bewachung der Urne vornehmen.

Die Landtagsabgeordneten Sommerfeld und Wolf nehmen bitte ihren Platz neben der Wahlkabine und der Wahlurne ein. - Ist diese denn schon da? - Wir sind schneller, als Sie gedacht haben. - Die Abgeordneten Sommerfeld und Wolf führen bitte die Wählerliste.

Bevor nunmehr die Schriftführerin Frau Budde mit dem Namensaufruf beginnt und Herr Gärtner die Stimmzettel übergibt, noch eine Bemerkung: Ich bitte im Interesse des reibungslosen Ablaufes alle Abgeordneten, bis zum Aufruf ihres Namens auf dem Platz zu bleiben und nach Abgabe der Stimme wieder den Platz einzunehmen, damit die Übersicht gewahrt bleibt. Ich bitte um Ihr Verständnis, daß das so gehandhabt wird.

Ich bitte, daß sich die Herren Sommerfeld und Wolf davon überzeugen, daß die Wahlurne auch wirklich leer ist. Es könnten ja schon 20 Stimmen darin sein. Können Sie bestätigen, daß die Wahlurne wirklich leer ist? - Die Wahlurne ist leer. Ich bitte jetzt, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Bitte, Frau Budde.

(Schriftführerin Frau Budde ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf.)

Meine Damen und Herren! Ich frage nun, ob noch ein Mitglied des Hauses im Saal ist, das nicht zur Wahl aufgerufen worden ist. - Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahl und bitte die Damen und Herren Schriftführer, die Auszählung der Stimmzettel vorzunehmen.

Bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses unterbreche ich die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 11.12 Uhr.

Wiederbeginn: 11.25 Uhr.

### Alterspräsident Herr Tschiche:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Landtages bekannt. Laut der mir vorliegenden Wahl Niederschrift wurden 95 Stimmen abgegeben, davon gültige Stimmen: 95. Für den Wahlvorschlag stimmten 82 Abgeordnete.

(Beifall im ganzen Hause)

Gegen den Wahlvorschlag stimmten fünf Abgeordnete. Es gab acht Stimmenthaltungen.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß der Abgeordnete Dr. Klaus Keitel mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt gewählt worden ist.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Wir sind noch nicht ganz soweit. Noch hat Herr Keitel nicht das letzte Wort gesagt.

Herr Abgeordneter Dr. Keitel, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

**Herr Dr. Keitel (CDU):**

Herr Alterspräsident, ich nehme die Wahl an.

(Beifall im ganzen Hause)

**Alterspräsident Herr Tschiche:**

Meine Damen und Herren! Man hat mir eben gesagt, das sei mein letzter Satz. Ich vermute das nicht.

(Heiterkeit)

Sehr verehrter Herr Präsident, ich beglückwünsche Sie im Namen des Hohen Hauses zu Ihrer Wiederwahl und bitte Sie jetzt, auf diesem Stuhl Platz zu nehmen.

(Beifall im ganzen Hause)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Indem Sie mich zum Landtagspräsidenten der zweiten Legislaturperiode gewählt haben, wird mir von der Mehrheit der Abgeordneten ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht. Mit den mir gegebenen Mitteln will ich versuchen, dem gerecht zu werden. Sie haben mir jedoch mit meiner Wahl, wie ich meine, auch eine Last auferlegt, die zu tragen mir nur mit Ihnen gemeinsam gelingen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon in den zurückliegenden knapp vier Jahren wird es mein Bestreben sein, das Amt unparteiisch gegenüber den Abgeordneten des Hauses und fürsorglich gegenüber den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung zu führen. Dazu erbitte ich die kollegiale Mitwirkung der Vizepräsidenten bzw. Vizepräsidentinnen, der Schriftführer, des Ältestenrates, der Fraktionen und der Verwaltung.

Meiner Fraktion, der CDU-Fraktion, danke ich für die Nominierung für das Amt des Landtagspräsidenten. Den Abgeordneten, die mich gewählt haben, danke ich für das Vertrauen. Allen Abgeordneten des Hohen Hauses bekunde ich meinen Respekt für ihre Entscheidung.

Mein Dank gilt dem Herrn Alterspräsidenten, dem Abgeordneten Herrn Tschiche, für die Leitung der Sitzung bis zu diesem Zeitpunkt und für seine außerordentlich freundlichen Worte, die an meine Adresse gerichtet waren.

Lassen Sie mich angesichts der Bedeutung des heutigen Tages, die durch das mindestens deutschlandweite Interesse und eine entsprechende Präsenz der Medien offenkundig ist, einen Moment innehalten und den Versuch eines Rück- und Ausblicks andeuten.

Am 26. Juni 1994 haben die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt ihre Wertung der letzten vier Jahre und ihre Erwartungen in die Zukunft mit dem Stimmzettel abgegeben. Es war der Auftrag der Wähler an die Gewählten, alsbald das Land möglichst stabil zu regieren und dabei die Lehren aus Fehlern der letzten vier Jahre zu ziehen, aber auch die geschaffenen Fundamente und Erfolge einer demokratischen, marktwirtschaftlichen Ordnung phantasie- und verantwortungsvoll fortzusetzen und auszubauen.

Denn bei aller Kritik im Einzelfall und der natürlich parteipolitisch unterschiedlich ausfallenden Bewertung des in der ersten Legislaturperiode in diesem Hohen Hause, durch die Landesregierung, durch die Zwischenbehörden und Kommunen Geleistete wird bleiben: In diesen vier Jahren wurde auf den Trümmern

eines wirtschaftlich, politisch und moralisch gescheiterten Systems eine Aufbauarbeit ohne Beispiel geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte die Feststellung für realistisch, daß mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft, der Wiedergewinnung der parlamentarischen Demokratie und dem Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung in den Ländern im Osten Deutschlands ein irreversibler Prozeß in Gang gekommen ist, der allerdings zu seiner Vollendung des Engagements aller Demokraten bedarf.

Es ist mir deshalb ein Bedürfnis, all denen zu danken, die in den Dörfern, Städten, Landkreisen, Bezirksregierungen, den Ministerien und dem Landesparlament vom Frühjahr 1990 an Verantwortung übernommen haben. Ich nutze gern die Anwesenheit unseres Alterspräsidenten der ersten Legislaturperiode, des von mir hoch geschätzten Herrn Hildebrandt, um allen ausgeschiedenen Parlamentariern der ersten Legislaturperiode für die Pionierarbeit zu danken.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denjenigen Abgeordneten unter Ihnen, die es geschafft haben, wieder das Mandat zu erringen, gilt mein Kompliment und die Gewißheit, daß wir auf Ihre Erfahrung in hohem Maße angewiesen sind. Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden sehr bald vor allem über die Arbeit in den Ausschüssen voll in die Entscheidungsprozesse des Parlaments einbezogen sein, und nicht wenige ihrer Biographien und bisherigen Tätigkeiten bieten die Gewähr für eine qualitative Bereicherung dieses Parlamentes.

Lassen Sie mich die Anwesenheit zahlreicher Gäste nutzen, all jenen zu danken, die diesem Landesparlament in Sachsen-Anhalt in seiner Geburtsstunde und danach Hilfe, Unterstützung und förderliche Kritik zukommen ließen.

Für viele will ich nennen den Niedersächsischen Landtag mit seinem Präsidenten Horst Milde an der Spitze, die großen Kirchen des Landes und die jüdischen Gemeinden, den DGB und die Arbeitgebervertretung, die Verbände, Vereine und Selbsthilfeorganisationen, zahllose Einzelpersonen und natürlich die Vertreter der Medien, welche aus diesem Haus und über dieses Haus berichteten und uns, den Abgeordneten, ein Bild der Resonanz unserer Arbeit vermittelten.

Am 16. Juli 1992 hat der Landtag von Sachsen-Anhalt als verfassungsgebende Landesversammlung ein Gesetzeswerk beschlossen, das die Grundlagen unseres auf Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gerichteten Gemeinwesens Sachsen-Anhalt definiert. Die überwältigende Mehrheit der demokratisch gewählten und legitimierten Abgeordneten dieses Hohen Hauses hat damals mit ihrem Votum dafür gestimmt, die Präambel unserer Landesverfassung so beginnen zu lassen:

„In freier Selbstbestimmung gibt sich das Volk von Sachsen-Anhalt diese Verfassung. Dies geschieht in Achtung der Verantwortung vor Gott und im Bewußtsein der Verantwortung vor den Menschen“.

Ich hoffe und schließe mit der Erwartung, daß nach der Phase der Wahlauseinandersetzung, dem Schlagabtausch während der Rollenzuweisung als Regierung und Opposition, die natürlicherweise vorhandenen und



anhaltenden politischen Unterschiede und zum Teil gegensätzlichen Zielvorstellungen zwischen den Fraktionen des Hohen Hauses mit fairen politischen Mitteln ausgetragen werden. Es sollte nicht zuallererst versucht werden, fehlende Politik- und damit Kompromißfähigkeit durch Richtersprüche an Verfassungsgerichten zu ersetzen.

Ich wünsche uns die geistige und moralische Souveränität, dies auch in den nächsten Stunden und Tagen zu bedenken, wenn wir den Anspruch erheben wollen, Lehren aus 54 % Wahlbeteiligung, wie am 26. Juni 1994 in Sachsen-Anhalt geschehen, zu ziehen. Ich wünsche uns die Fähigkeit, unterschiedliche bzw. gegensätzliche Positionen zwischen Parteien und den sie repräsentierenden Fraktionen für die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt klar erkennbar zu formulieren und dafür mit demokratischen Mitteln um Mehrheiten zu ringen. Ich wünsche uns die Bereitschaft zu der Einsicht, daß die parlamentarische Demokratie ohne den Konsens der Demokraten in allen Lebensfragen unserer Zeit Schaden nehmen wird.

Dies am Tage nach dem 20. Juli 1994, dem 50. Jahrestag des mißglückten Attentates auf Hitler, als Botschaft in unser Land zu senden, ist ein Beitrag zur Entwicklung unserer politischen Kultur. Denn die Stabilität der freiheitlichen Demokratie, für die die Frauen und Männer des 20. Juli 1944 sowie andere Widerstandsgruppen Fundamente setzten, bleibt angesichts realer Gefährdungen durch politischen Extremismus ständiger Auftrag für uns alle.

Ich wünsche Ihnen, den Damen und Herren Abgeordneten, eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit zum Wohle des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Bürgerinnen und Bürger. - Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

#### **Wahl der Vizepräsidenten des Landtages**

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 2/5**

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 2/6**

Nach Artikel 49 Abs. 1 der Landesverfassung wählt der Landtag zwei Vizepräsidenten. Der § 4 Abs. 2 der beschlossenen Vorläufigen Geschäftsordnung bestimmt, daß die Fraktionen, auf die nach dem Rangmaßzahlverfahren die zweite und die dritte Rangmaßzahl entfallen, ein Mitglied des Landtages für die Wahl zum Vizepräsidenten vorschlagen. Das sind die SPD-Fraktion und die PDS-Fraktion.

Die SPD-Fraktion - auf sie entfällt die zweite Rangmaßzahl - hat die Frau Abgeordnete Ingrid Häußler vorgeschlagen, und die PDS-Fraktion hat aufgrund der dritten Rangmaßzahl die Frau Abgeordnete Roswitha Stolfa vorgeschlagen.

Bevor wir nun zur Abstimmung über die Vorschläge kommen, der Hinweis: Gewählt ist nach Artikel 51 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung in Verbindung mit § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint. Wird das Mitglied des Landtages nicht gewählt, so kann die vorschlagsberechtigte Fraktion ein anderes Mitglied des Landtages benennen.

Meine Damen und Herren! Es bestand bisher, wie mir mitgeteilt wurde, Einvernehmen, beide Wahlen ge-

trennt und geheim vorzunehmen. Gibt es in der Zwischenzeit einen anderen Vorschlag dazu?

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

- Ich habe diesen Antrag bisher nicht vorliegen. Ich kenne einen derartigen Antrag nicht. Wenn Sie ihn formulieren wollen.

**Herr Bullerjahn (SPD):**

Es gab während der Besprechung der Geschäftsführer einen Antrag einer Fraktion, diese Wahl geheim durchzuführen.

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Dann ist mir das nicht korrekt berichtet worden. Dann stelle ich diesen Antrag zur Abstimmung.

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

- Es ist akzeptiert worden. Also können wir so verfahren.

Wir stimmen dann in folgender Reihenfolge ab: Erstens über die Drs. 2/5 mit dem Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, der Frau Abgeordneten Häußler, und zweitens über die Drs. 2/6 mit dem Wahlvorschlag der Fraktion der PDS zur Frau Abgeordneten Stolfa.

Ich darf zunächst das Abstimmungsverfahren nochmals erläutern. Die Stimmzettel werden, wie im vorherigen Verfahren, jeweils verteilt. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, mit Nein oder sich der Stimme enthaltend zu votieren. Für die Beschädigung oder für anderweitige Bemerkungen auf dem Stimmzettel trifft das zu, was zum vorherigen Wahlgang gesagt wurden. Sie sollten in gleicher Weise wie vorhin den in der Wahlkabine vorhandenen Stift benutzen.

Ich schlage vor, daß als Schriftführer die bereits bewährten Abgeordneten Egon Sommerfeld und Dr. Karl-Heinz Wolf fungieren. Gibt es gegen diesen Vorschlag Einspruch? - Den sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Bevor nunmehr der Schriftführer Herr Gärtner mit dem Namensaufruf beginnt und Frau Budde jeweils die Stimmzettel übergibt, noch eine Bemerkung: Ich bitte wiederum im Interesse des reibungslosen Ablaufs alle Abgeordneten, bis zum Namensaufruf auf ihrem Platz zu bleiben und nach Abgabe der Stimme den Platz wieder einzunehmen, um die Übersichtlichkeit im Saal zu gewährleisten.

Kommen wir nun zur Drs. 2/5 mit dem Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, die Frau Abgeordnete Häußler als Vizepräsidentin des Landtages zu wählen. Herr Kollege Sommerfeld und Herr Kollege Wolf, überzeugen Sie sich bitte davon, daß die Wahlurne leer ist. - Das ist ganz offensichtlich der Fall. Ich danke Ihnen.

Ich bitte nunmehr, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführer Herr Gärtner ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf.)

Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist damit beendet. Ich bitte nunmehr die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführer, nacheinander abzustimmen, anschließend der Sitzungsvorstand.

Ich frage: Ist noch ein Abgeordneter im Saal, der seine Stimme nicht abgegeben hat? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich diesen Wahlvorgang und bitte, mit

der Auszählung der Stimmen zu beginnen. Ich unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten.

Unterbrechung: 12.04 Uhr.

Wiederbeginn: 12.12 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl zum Wahlvorschlag der SPD-Fraktion für das Amt des Vizepräsidenten bekannt. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift wurden 94 Stimmen abgegeben. Davon sind 94 gültig. Für den Wahlvorschlag stimmten 70 Abgeordnete.

(Beifall im ganzen Hause)

Gegen den Wahlvorschlag stimmten 14 Abgeordnete. Zehn Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Meine Damen und Herren! Wie ich eingangs erläuterte, ist nach Artikel 51 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß die Frau Abgeordnete Häußler zur Vizepräsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt gewählt wurde.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Frau Abgeordnete, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

**Frau Häußler (SPD):**

Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Frau Vizepräsidentin, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl im Namen aller Abgeordneten des Hohen Hauses, und ich freue mich auf eine kollegiale Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Nunmehr stimmen wir über die Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin ab, die durch die Fraktion der PDS in der Drs. 2/6 vorgeschlagen worden ist. Es ist Frau Abgeordnete Stolfa. Ich erspare mir nunmehr alle bereits zum Ritus geronnenen Vorbemerkungen.

Herr Kollege Sommerfeld und Herr Kollege Wolf, würden Sie sich, wenn Sie einverstanden sind, diesen verantwortungsvollen Vorgang weiter zu betreuen, freundlicherweise davon überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. - Das ist offensichtlich der Fall.

Dann bitte ich Frau Abgeordnete Budde, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführerin Frau Budde ruft die Mitglieder des Landtags namentlich zur Stimmabgabe auf. - Während der Abstimmung erklärt der Abgeordnete Herr Knolle, CDU, daß er an der Wahl nicht teilnimmt.)

Meine Damen und Herren! Damit ist der Namensaufruf beendet. Ich bitte nun die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführer, nacheinander abzustimmen.

Ich frage: Ist noch ein Abgeordneter im Saal, der seine Stimme nicht abgegeben hat und dies jetzt tun möchte? - Frau Abgeordnete Blienke, bitte sehr.

Meine Damen und Herren! Damit schließe ich die Wahl und bitte die Damen und Herren Schriftführer, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung vorsichtshalber diesmal nur für fünf Minuten. Die Auszählung der Stimmen geht schneller als gedacht.

Unterbrechung: 12.39 Uhr.

Wiederbeginn: 12.44 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl zum Wahlvorschlag der Fraktion der PDS für das Amt der Vizepräsidentin bekannt.

Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift wurden 94 Stimmen abgegeben, davon 94 gültige Stimmen. Für den Wahlvorschlag stimmten 50, gegen den Wahlvorschlag 37 und der Stimme enthielten sich sieben Abgeordnete. Ich stelle fest, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Frau Abgeordnete Roswitha Stolfa zur Vizepräsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt gewählt wurde.

Frau Abgeordnete, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

**Frau Stolfa (PDS):**

Ja.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Frau Vizepräsidentin, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl

(Beifall bei der SPD, bei der PDS und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

im Namen der Mitglieder des Hohen Hauses und freue mich auf eine sachliche Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Änderung der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages

**Allgemeine Genehmigung in Immunitätsangelegenheiten - Drs. 2/2**

Die Drucksache entspricht wörtlich dem Beschluß des Landtages in der ersten Wahlperiode. Redaktionell sind die Worte „erste Wahlperiode“ durch die Worte „zweite Wahlperiode“ in Punkt 1 und Punkt 2 ersetzt worden.

Ich frage Sie, ob Sie dem Text der Drs. 2/2 Ihre Zustimmung erteilen. In diesem Fall bitte ich um das Zeichen per Stimmkarte. - Gibt es Gegenstimmen? - Die sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen. Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zu den

**Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses - Drs. 2/3**

Auch hier gilt der Hinweis, daß die Verfahrensgrundsätze wörtlich dem Beschluß des Landtages der ersten Wahlperiode entsprechen. Redaktionell sind hier nur die Verweise auf die Geschäftsordnung angepaßt worden.

Die Abstimmung dazu bitte ich jetzt vorzunehmen. Wer der Drs. 2/3 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Zeichen per Stimmkarte. - Gibt es Gegenstimmen? - Die sehe ich nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? - In

diesem Fall vier Stimmenthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zum **Tagesordnungspunkt 10**, den ich hiermit aufrufe:

#### **Wahl der Schriftführer des Landtages**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der PDS und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 2/7**

Nach § 7 Abs. 1 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages wählt der Landtag auf der Grundlage eines gemeinsamen Vorschlages der Fraktionen zwölf Schriftführerinnen und Schriftführer für die Dauer der Wahlperiode. Ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen ist zustande gekommen und liegt Ihnen in der Drs. 2/7 vor. Danach sind die Fraktionen übereingekommen, folgende Abgeordnete als Schriftführerinnen und Schriftführer zu benennen:

für die Fraktion der CDU Herrn Uwe Schulze, Herrn Thomas Madl, Herrn Ralf Geisthardt, Herrn Karl-Martin Kuntze, Frau Eva Tischner;

für die Fraktion der SPD Herrn Lothar Biener, Frau Inge Kauerauf, Frau Anette Leppinger, Herrn Rüdiger Schubert;

für die Fraktion der PDS Herrn Dr. Gerd-Eckardt Schuster, Frau Regina Blenkle;

für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Martina Bendler.

Ich denke, das Haus ist damit einverstanden, daß die zwölf Schriftführerinnen und Schriftführer in einem Wahlgang durch das Kartenzeichen gewählt werden. - Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch. Wir können so verfahren.

Wer diese zwölf Kolleginnen und Kollegen zu Schriftführerinnen bzw. Schriftführern wählen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Die sehe ich nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? - Die sehe ich ebenfalls nicht.

Meine Damen und Herren! Damit sind die genannten Damen und Herren zu Schriftführerinnen und Schriftführern des Landtages von Sachsen-Anhalt der zweiten Legislaturperiode gewählt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf - -

(Zurufe)

- Ich werde darauf hingewiesen, noch einmal zum **Tagesordnungspunkt 10** zurückzugehen. Ich bitte um Ihr Verständnis. Ich frage jetzt die Abgeordneten, die soeben zu Schriftführerinnen und Schriftführern gewählt worden sind, ob sie die Wahl annehmen.

(Herr Becker, CDU: Im Chor!)

- Chor ist nicht notwendig. Wenn eine einzelne oder mehrere Neinstimmen ertönen würden, dann würden wir dem nachgehen. - Das ist nicht der Fall. Damit beglückwünsche ich Sie zu Ihrer Wahl und stelle fest, daß das Landtagspräsidium vollständig gewählt ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte nicht versäumen, mich an dieser Stelle bei den beiden Schriftführern des vorläufigen Sitzungsvorstandes für die Amtsführung zu bedanken und bitte nunmehr die neu gewählten Schriftführer Frau Leppinger und Herrn Schulze, neben mir Platz zu nehmen. Es wird eine kurze Sitzungsphase für Sie werden, da wir

nach dem nächsten Tagesordnungspunkt in die Mittagspause eintreten werden.

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

#### **Feststellung der Konstituierung des Landtages der zweiten Wahlperiode**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Beschlußfassung über die vorläufige Geschäftsordnung und nach der Wahl der Vizepräsidenten und der Schriftführer stelle ich nunmehr fest, daß sich der Landtag der zweiten Wahlperiode konstituiert hat.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Ich unterbreche an dieser Stelle die Sitzung. Erlauben Sie mir bitte, Sie für die nächsten anderthalb Stunden im Speisesaal zu einem Buffet einzuladen. Ich berufe die Fortsetzung der Sitzung für 14.15 Uhr ein.

Unterbrechung: 12.53 Uhr.

Wiederbeginn: 14.15 Uhr.

#### **Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen zum Teil II unserer Tagesordnung. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**:

#### **Wahl des Ministerpräsidenten**

Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 2/8**

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 2/9**

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 71 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt endet das Amt der Mitglieder der Landesregierung mit dem Zusammentritt des neuen Landtages. Nach Beendigung ihres Amtes sind, so Artikel 71 Abs. 2, der Ministerpräsident und auf dessen Ersuchen jeder Minister jedoch verpflichtet, die Geschäfte bis zur Amtsübernahme durch die Nachfolger weiterzuführen. Das Zusammentreten des neuen Landtages ist im Sinne des Artikel 45 Abs. 1 Satz 2 die erste Sitzung. Das ist heute der Fall. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor wir zur Wahl des Ministerpräsidenten kommen, möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Christoph Bergner und seiner Landesregierung für die geleistete Arbeit den Dank des Hauses aussprechen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen zur Wahl des Ministerpräsidenten. Artikel 65 Abs. 1 der Landesverfassung lautet - ich zitiere -:

„Der Ministerpräsident wird vom Landtag ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Die Fraktion der SPD hat Ihnen in der Drs. 2/8 den Abgeordneten Herrn Dr. Reinhard Höppner für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen.

Die Fraktion der CDU hat in der Drs. 2/9 beantragt, den Abgeordneten Herrn Dr. Christoph Bergner zum Ministerpräsidenten zu wählen.

Damit liegen zwei Wahlvorschläge für die Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt vor. Ich frage, ob es weitere Vorschläge gibt.

**Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):**

Entschuldigen Sie bitte, Herr Landtagspräsident. Der Vorschlag zur Wahl von Herrn Dr. Höppner ist von beiden Fraktionen gekommen.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Dann korrigiere ich diesen Satz. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben in der Ihnen vorliegenden Drs. 2/8 den Abgeordneten Herrn Dr. Reinhard Höppner für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Ich bitte um Nachsicht für diesen Lapsums.

Ich setze fort. Es geht nunmehr um die Entscheidung über die von mir genannten beiden Wahlvorschläge. Ich möchte an dieser Stelle den Artikel 65 Abs. 2 der Landesverfassung vollständig zitieren:

„Zum Ministerpräsidenten ist gewählt, wer im ersten Wahlgang, der innerhalb von vierzehn Tagen nach dem Zusammentritt des Landtages stattfinden muß, die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt. Erhält in diesem Wahlgang niemand diese Mehrheit, so findet innerhalb weiterer sieben Tage ein neuer Wahlgang statt. Kommt auch in diesem Wahlgang die Wahl nicht mit der Mehrheit der Mitglieder zustande, so beschließt der Landtag innerhalb von weiteren vierzehn Tagen über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode. Wird die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode nicht mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages beschlossen, findet unverzüglich ein weiterer Wahlgang statt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gewählt wird nach Artikel 65 Abs. 1 der Landesverfassung mit Stimmzetteln in geheimer Abstimmung. Ich darf Ihnen zunächst erläutern, wie der Wahlzettel aussieht und wie er zu interpretieren ist.

Jedes Mitglied hat eine Stimme und kann sie entweder dem Abgeordneten Herrn Dr. Reinhard Höppner oder dem Abgeordneten Herrn Dr. Christoph Bergner geben, oder er kann kennzeichnen, daß er sich der Stimme enthält, das heißt, keinem der beiden seine Stimme gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte achten Sie darauf, daß das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, so daß kein Zweifel an der Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen kann. Wenn ein Stimmzettel beschädigt, in irgendeiner Weise verändert ist oder Zusätze enthält bzw. mehr als ein Kreuz bei den Möglichkeiten der Abstimmung enthalten ist, ist dieser Stimmzettel ungültig. Es ist daher auch nur der in der Wahlkabine bereitliegende Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen; die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten werden durch den Schriftführer, den Abgeordneten Herrn Geisthardt, aufgerufen. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten sie ihren Stimmzettel bei der Schriftführerin, der Abgeordneten Frau Bändler. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach der Abstimmung in der Wahlkabine werfen Sie bitte den Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer Herr Dr. Schuster führt bitte die Wählerliste, der Schriftfüh-

rer Herr Biener führt bitte die Aufsicht darüber, daß immer nur ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht. Der Schriftführer Herr Madl führt die Aufsicht und die Namenskontrolle an der Wahlurne durch.

Ich darf Sie erneut im Interesse des reibungslosen Ablaufes bitten, bis zum Aufruf Ihres Namens auf dem Platz zu bleiben und nach Abgabe der Stimme gleich wieder Platz zu nehmen.

Ich bitte nunmehr die genannten Schriftführer, Ihr Amt zu übernehmen. Die Kollegen Biener und Madl bitte ich zunächst, sich davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist, und mir dies anzuzeigen. - Das ist geschehen. Ich danke Ihnen.

Ich bitte nunmehr, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Bitte, Herr Geisthardt.

(Schriftführer Herr Geisthardt ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf.)

Meine Damen und Herren! Damit ist der Namensaufruf beendet. Ich bitte nunmehr die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer um ihre Stimmabgabe. Anschließend wählt der Sitzungsvorstand.

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Plenarsaal ist, die ihre Stimme bzw. der seine Stimme noch nicht abgegeben hat. - Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe diesen Wahlgang. Das Wahlergebnis wird in Kürze bekanntgegeben. Ich unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten und bitte um Auszählung.

Unterbrechung: 14.46 Uhr.

Wiederbeginn: 14.54 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Nach der mir vorliegenden Wahl Niederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis gebracht: abgegebene Stimmen 95, ungültige Stimmen keine, damit gültige Stimmen 95.

Wie ich eingangs erläuterte, ist zum Ministerpräsidenten gewählt, wer im ersten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt. Das heißt, bei der gesetzlichen Zahl von 99 Abgeordneten müssen 50 gültige Stimmen für den zu wählenden Ministerpräsidenten abgegeben werden.

Auf den Abgeordneten Herrn Dr. Reinhard Höppner entfielen 40 Stimmen. Für den Abgeordneten Herrn Christoph Bergner votierten 38 Abgeordnete.

(Beifall bei der CDU)

Stimmenthaltungen gab es 17.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im ersten Wahlgang erhielt keiner der beiden Wahlvorschläge die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages.

Insofern kommt nunmehr Artikel 65 Abs. 2 Satz 2 der Landesverfassung zur Anwendung, in dem es heißt:

„Erhält in diesem“

- sprich dem ersten -

„Wahlgang niemand diese Mehrheit, so findet innerhalb weiterer sieben Tage ein neuer Wahlgang statt.“

Zu dem weiteren Verfahren liegt mir ein Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor. Der Antrag lautet:

„Verfahren zur Wahl des Ministerpräsidenten - zweiter Wahlgang. Der Landtag möge beschließen: Der zweite Wahlgang zur Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt wird am Donnerstag, dem 21. Juli 1994, durchgeführt. Begründung erfolgt mündlich.“

Ich bitte, die Begründung vorzutragen.

**Herr Dr. Fikentscher (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Begründung ist ganz einfach. Eine Überraschung im ersten Wahlgang ist nicht eingetreten. Jedermann, jeder Abgeordnete dieses Landtages konnte dieses Ergebnis vorhersehen. Es bedarf deswegen keiner weiteren Nachdenkpause, keiner weiteren Beratung.

Deswegen beantragen wir, den zweiten Wahlgang jetzt durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Herr Scharf, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt hat in ihrem Artikel 65 - Bildung der Landesregierung - eine ausgewogene Stufenfolge zur Regierungsbildung vorgeschrieben. Zweimal muß der Landtag versuchen, mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags einen Ministerpräsidenten zu wählen. Gelingt dieses nicht, so muß der Landtag, der zur Bildung einer Mehrheitsregierung nicht fähig ist, sich ernsthaft mit der Frage seiner Selbstauflösung auseinandersetzen. Erst wenn hiervon kein Gebrauch gemacht wird, findet - und dann unverzüglich - ein weiterer Wahlgang statt.

Daraus ist zu schließen, meine Damen und Herren, daß die Verfassung erkennbar unter dem Ziel formuliert worden ist, eine Mehrheitsregierung zu bilden, und es stimmt mit dem von der Verfassung Gewollten nicht überein, wenn von vornherein nach einer Landtagswahl eine Minderheitsregierung angestrebt wird, wie wir es zur Zeit erleben.

(Beifall bei der CDU)

Diese wohlabgewogene Stufenfolge hatten alle vorgelegten Verfassungsentwürfe zur Beratung unserer Landesverfassung vorgesehen. Der Verfassungsausschuß wollte offensichtlich einen straffen Wahlablauf, aber doch zwischen den einzelnen Wahlgängen eine Atempause. Das kommt zum Ausdruck in den Worten „innerhalb weiterer sieben Tage“ und auch in dem Ausdruck „neuer Wahlgang“.

Es ist in der Verfassung nicht von einem zweiten Wahlgang die Rede, sondern von einem neuen Wahlgang. Der Zeitraum hierfür beginnt innerhalb weiterer sieben Tage, also mit Ablauf des Tages, an dem der erste gescheiterte Wahlgang stattgefunden hat.

Es besteht, meine Damen und Herren, ein sprachlicher Unterschied zwischen den Worten „ein neuer“ und „ein weiterer Wahlgang“. Ein weiterer Wahlgang schließt

sich an einen Wahlgang unmittelbar an, während ein neuer Wahlgang eine zeitliche Abgrenzung zum ersten Wahlgang beinhaltet.

Auch der SPD-Entwurf zur Landesverfassung, meine Damen und Herren, der die Wahlen in zeitlich abgegrenzten Blöcken vornehmen wollte, sprach nicht von einem weiteren, sondern von einem neuen Wahlgang, der frühestens zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang stattfinden sollte.

Meine Damen und Herren! Das Angebot zu einer Mehrheitsregierung von CDU und SPD steht von unserer Seite bis jetzt. Es ist bisher von der SPD ohne Prüfung verworfen worden. Es besteht die Gefahr, daß das Land ohne Not in eine instabile Regierungsbildung hineingetrieben wird.

Wir haben eben erlebt, daß der erste Versuch, eine Minderheitsregierung zu bilden, noch nicht einmal die Anzahl von Stimmen auf sich vereinen konnte, die ursprünglich von den Initiatoren erwartet worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir stehen zu weiteren Gesprächen bereit. Um das Wohl unseres Landes willen sollten sie geführt und nicht verworfen werden.

Im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich einen neuen Wahlgang für den 22. Juli 1994, 10 Uhr. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Ich mache unabhängig von diesen beiden soeben begründeten Anträgen darauf aufmerksam, daß ich für einen zweiten Wahlgang noch keine Wahlvorschläge habe. Diese wären also auf alle Fälle noch nachzuliefern.

Ich frage Sie, ob zu den genannten Anträgen noch jemand das Wort nehmen will. Ansonsten würde ich über diese beiden Anträge jetzt abstimmen lassen.

Herr Becker, Sie möchten noch einmal das Wort nehmen. Bitte schön.

**Herr Becker (CDU):**

Herr Präsident, meines Erachtens kann man über Fragen der Rechtsauslegung nicht abstimmen. Es ist eine verfassungsrechtliche Frage, die gegebenenfalls durch das Verfassungsgericht - auch im Weg einer einstweiligen Anordnung - geklärt werden müßte, aber nicht durch Mehrheitsentscheidungen.

(Herr Schaefer, SPD: Aber Herr Becker!)

Denn Herr Scharf hat zu Recht - ich könnte das noch einmal wiederholen - darauf hingewiesen - und Herr Dr. Höppner ist ja einer der Väter dieser Verfassung gewesen -, daß es der Wille des Verfassungsausschusses war, zwischen den drei Wahlgängen eine Frist einzulegen. Es war doch so, daß der ursprüngliche Entwurf der CDU von einem sehr kurzen Zeitraum ausging, während die SPD einen sehr langen vorgesehen hatte. Wir haben uns dann darauf geeinigt - darüber gibt es auch ein Protokoll des Gesetzgebungsdienstes -, daß wir die Fristen etwas kürzer lassen, es aber im Grunde genommen bei den Zäsuren zwischen den einzelnen Wahlgängen bleibt.

Es ist auch interessant - wenn man das einmal philologisch betrachtet -, daß am Schluß dieses Absatzes

„unverzüglich“ steht und bei den anderen Wahlgängen eben gerade nicht. Auch das Wort „unverzüglich“ weist darauf hin, daß erst dann, wenn über die Frage der Selbstauflösung entschieden worden ist, unmittelbar danach eine weitere Wahl zu erfolgen hat.

Ich bin der Meinung, es wäre ein starker Verfassungsverstoß, wenn jetzt qua Mehrheitsentscheidung über Recht und über diese Verfassung abgestimmt würde. Das geht nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Herr Becker, ich habe Ihre Verfassungsinterpretation zur Kenntnis genommen. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Bitte, Herr Fikentscher.

**Herr Dr. Fikentscher (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Becker, es steht ja „innerhalb“ da, und es besteht kein Zweifel, daß diese Zeit, die jetzt begonnen hat, innerhalb dieser Frist liegt.

(Zustimmung bei der SPD)

Genau das hat natürlich auch die Verfassung gemeint. Sie hat darauf verzichtet, einen Zwischenraum anzuordnen, was in anderen Regeln der Verfassung gegeben ist - „nicht früher als“, „bis“ steht ja in einigen Fällen da. Hier hat die Verfassung bewußt diesen Fall in Kauf genommen, daß man das innerhalb dieser Zeit machen muß, aber nicht gezwungen ist, ein bestimmtes Intervall einzulegen. Ich denke, es ist keine Frage, daß das Wort „innerhalb“ uns erlaubt, das unverzüglich zu machen, daß es aber in diesem Fall nicht unverzüglich vorschreibt, sondern zuläßt, das innerhalb der nächsten Tage zu tun.

Ich begründe es noch einmal: Es ist jetzt kein Fall eingetreten, der eine Überraschung darstellt, der neues Nachdenken erfordert. Alle hier im Hause wußten, daß dies zu erwarten ist, und deswegen bedarf es keiner weiteren Überlegungen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Herr Dr. Daehre, CDU: Dann brauchen wir nicht zu wählen! - Herr Gürth, CDU: Dann wird der erste Wahlgang zur Farce!)

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Herr Becker, ich gebe Ihnen noch einmal das Wort.

**Herr Becker (CDU):**

Herr Dr. Fikentscher, ich würde Ihnen gerne folgen, wenn Sie nicht ein weiteres Wort unterschlagen hätten.

Es heißt nicht „innerhalb“, sondern es heißt „innerhalb weiterer“, und darauf liegt doch die Betonung. Das ist doch ganz klar. Ich meine, wir müssen uns doch wenigstens ein bißchen an die Philologie halten, nicht?

(Zustimmung bei der CDU)

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Meine Damen und Herren! Ich habe zwei Anträge. - Bitte, Herr Scharf.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident, ich beantrage im Namen der CDU-Fraktion eine Auszeit von 15 Minuten.

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Wird eine Auszeit von 15 Minuten ausreichen? Das sollten wir bedenken. - Das Problem kann innerhalb von 15 Minuten geklärt werden. Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten und bitte das Plenum, um 15.20 Uhr wieder zusammenzutreten.

Unterbrechung: 15.05 Uhr.

Wiederbeginn: 15.36 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Meine Damen und Herren! Ich setze die unterbrochene Sitzung fort und frage, ob es nochmals Wortmeldungen zu den beiden vorliegenden und begründeten Anträgen gibt. - Herr Scharf, bitte. Sie haben das Wort.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Bewußtsein dessen, daß die Würde dieses Parlaments und die Würde dieses Wahlganges Ernsthaftigkeit erfordern, haben wir in der Fraktion noch einmal nachgedacht, wie wir mit dieser Situation umgehen.

Wir sind weiterhin der Auffassung, daß über eine Rechtsfrage der Verfassung in diesem Parlament so nicht abgestimmt werden kann. Wir fordern noch einmal unsere parlamentarischen Kollegen aus den anderen Fraktionen auf, darüber nachzudenken, daß es tatsächlich eine Frage ist, die der Abstimmbarkeit hier entzogen ist. Deshalb bitten wir darum, auf diese Abstimmung jetzt zu verzichten.

Wir haben keinerlei Schwierigkeiten mit unserer Verfassung, wenn wir morgen den zweiten Wahlgang stattfinden lassen; wenn wir ihn heute durchführen, setzen wir uns alle der Gefahr aus, daß wir die Verfassung brechen. Sie setzen sich der Gefahr aus, daß sie Initiator dieses Verfassungsbruchs gewesen sind. Wir werden uns dann gegebenenfalls vorbehalten, dieses überprüfen zu lassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Herr Dr. Fikentscher, Sie haben das Wort.

**Herr Dr. Fikentscher (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir halten unseren Antrag aufrecht. Wir sind nicht der Ansicht, daß hieraus ein Verfassungsbruch abgeleitet werden könnte. Wir haben uns auch noch einmal beraten und sind zu der Auffassung gekommen, daß es rechtlich einwandfrei ist, daß bei einer solchen Lösung zwar ein Endtermin gesetzt ist, aber kein Anfangstermin, es sei denn, der unmittelbare, daß keine Frist dazwischen geschoben worden ist, was die Verfassung an anderen Stellen ganz eindeutig tut, und daß wir über diese Frage jetzt entscheiden können. Wir sind also der Auffassung, daß es keine Rechtsfrage, sondern eine politische Entscheidung ist. Da wir ein politisches Gremium sind, sollten wir dies auch tun.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Heidecke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Herr Scharf, CDU: Was ist denn das für ein Rechtsverständnis? - Herr Becker, CDU: Politik über die Verfassung!)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Wünscht noch jemand das Wort zu den vorliegenden Anträgen? - Bitte.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident, wenn es tatsächlich zur Abstimmung kommen sollte, beantrage ich namentliche Abstimmung.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Noch einmal zur Situation, wie sie sich aus meiner Sicht darstellt. Es handelt sich um zwei konkurrierende Anträge, die in ihrer Substanz eine unterschiedliche Interpretation eines Verfassungsbestandteils beinhalten. Mir obliegt es hier, die Geschäftsordnung auszulegen. Ich sehe mich außerstande, die verfassungsrechtliche Wertung des einen wie des anderen Antrags in einer Abwägung vorzunehmen. Deswegen lasse ich über die Anträge abstimmen.

Ich möchte noch einmal prüfen lassen, ob eine namentliche Abstimmung erfolgen kann. Es gab eben einen Einspruch dagegen. Herr Dr. Fikentscher, möchten Sie dazu noch etwas ausführen?

**Herr Dr. Fikentscher (SPD):**

Ich darf auf § 75 Abs. 3 der Geschäftsordnung, verweisen, in dem steht:

„Eine namentliche Abstimmung ist nur über den Beratungsgegenstand selbst und über Änderungs- und Entschließungsanträge dazu zulässig.“

Eine namentliche Abstimmung ist also nicht zulässig über die Tagesordnung oder zu Verfahrensfragen.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Herr Scharf, bitte.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident, ich mache darauf aufmerksam, daß Sie vorhin selbst vorgelesen haben, daß Ihnen ein Antrag der SPD-Fraktion vorliegt.

(Herr Dr. Höppner, SPD: Zur Geschäftsordnung!  
- Herr Scharf, CDU: Das war kein Antrag zur Geschäftsordnung!)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Es geht um den Antrag zum Verfahren zur Wahl des Ministerpräsidenten im zweiten Wahlgang. Was spricht gegen eine namentliche Abstimmung?

(Herr Dr. Fikentscher, SPD: Die Geschäftsordnung spricht dagegen!)

- Dann werde ich aufgrund dieses Tatbestandes die Sitzung nochmals für zehn Minuten unterbrechen, um den Sachverhalt zu prüfen. Meine Damen und Herren! Ich bitte für diese zehn Minuten die Fraktionsvorsitzenden in den Beratungsraum B2 01.

Unterbrechung: 15.40 Uhr.

Wiederbeginn: 15.52 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Die Rücksprache mit den Fraktionsvor-

sitzenden hat ergeben, daß wir zu einer namentlichen Abstimmung über die vorliegenden Anträge kommen. Da es alternative Anträge sind, brauchen wir nach meinem Dafürhalten nur über einen abzustimmen. - Wollten Sie, Herr Dr. Fikentscher, dazu noch etwas sagen, oder hat sich das durch meine Bemerkung erledigt?

**Herr Dr. Fikentscher (SPD):**

Ich wollte nur sagen, daß wir uns dieser Abstimmung nicht widersetzen und von unserem Recht nach § 92 der Geschäftsordnung nicht Gebrauch machen.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Dann schlage ich vor, daß wir die namentliche Abstimmung durchführen zu dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der lautet:

„Verfahren zur Wahl des Ministerpräsidenten - zweiter Wahlgang. Der Landtag wolle beschließen: Der zweite Wahlgang zur Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt wird am Donnerstag, dem 21. Juli 1994, durchgeführt.“

Die namentliche Abstimmung ist beschlossen. Ich bitte, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Herr Becker	Nein
Frau Bendler	Ja
Herr Dr. Bergner	Nein
Herr Biener	Ja
Herr Bischoff	Ja
Frau Blenkle	Ja
Herr Dr. Böhmer	Nein
Frau Budde	Ja
Frau Bull	Ja
Herr Bullerjahn	Ja
Herr Claus	Ja
Herr Czeke	Ja
Herr Dr. Daehre	Nein
Frau Dirlich	Ja
Frau Doil	Ja
Herr Dr. Eichler	Ja
Herr Engel	Ja
Herr Ernst	Ja
Herr Felke	Ja
Herr Dr. Fikentscher	Ja
Frau Fischer (Geusa)	Nein
Frau Fischer (Leuna)	Ja
Herr Gallert	Ja
Herr Gärtner	Ja
Frau Geikler	Ja
Herr Geisthardt	Nein
Herr Dr. Gies	Nein

Herr Gürth	Nein
Frau Hajek	Ja
Frau Häußler	Ja
Herr Dr. Hecht	Ja
Frau Heidecke	Ja
Frau Dr. Hein	Ja
Herr Hoffmann	Ja
Herr Dr. Höppner	Ja
Frau Jehnichen	-
Herr Jeziorsky	Nein
Herr Kasten	Ja
Frau Kauerauf	Ja
Herr Dr. Keitel	Nein
Herr Kern	Nein
Frau Knöfler	Ja
Herr Knolle	Nein
Frau Krause	-
Herr Krause	Ja
Herr Kühn	Ja
Herr Kuntze	Nein
Herr Dr. Kupfer	Nein
Frau Dr. Kuppe	Ja
Herr Lehmann	Ja
Frau Leppinger	Ja
Frau Lindemann	Ja
Herr Prof. Dr. Lüderitz	Ja
Herr Madl	Nein
Frau Mittendorf	Ja
Herr Nägler	Nein
Herr Dr. Nehler	Ja
Herr Oleikiewitz	Ja
Herr Dr. Püchel	Ja
Herr Quien	Ja
Herr Rahmig	Ja
Herr Reck	Ja
Herr Dr. Rehhahn	Ja
Herr Reichert	Nein
Herr Remmers	Nein
Herr Rieck	Nein
Herr Ritter	Nein
Herr Dr. Rönnecke	Nein
Herr Sachse	Ja
Herr Schaefer	Ja
Herr Scharf	Nein
Herr Schellbach	Nein
Herr Schlaak	Nein

Herr Schmidt	Nein
Herr Schomburg	Nein
Herr Schubert	Ja
Herr Schulze	Nein
Herr Dr. Schuster	Ja
Herr Sennecke	Nein
Frau Dr. Sitte	Ja
Herr Dr. Sobetzko	Nein
Herr Sommerfeld	Nein
Herr Prof. Dr. Spotka	Nein
Frau Stange	Nein
Herr Steppuhn	Ja
Frau Stolfa	Ja
Herr Dr. Süß	-
Herr Taesch	Nein
Frau Thomann	Ja
Frau Tietz	-
Frau Tischner	Nein
Herr Tögel	Ja
Herr Prof. Dr. Trepte	Ja
Herr Tschiche	Ja
Herr Webel	Nein
Frau Wernicke	Nein
Frau Wiedemann	Ja
Herr Dr. Wolf	Ja
Herr Wulfert	Nein

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Ist ein Abgeordneter unter uns, der nicht aufgerufen wurde und seine Stimme nicht abgeben konnte? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das Abstimmungsverfahren beendet. Ich bitte auszuzählen.

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum genannten Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den zweiten Wahlgang am heutigen Tag durchzuführen, wie folgt bekannt: Mit Ja haben 58 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 37 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Nicht anwesend waren vier Abgeordnete.

Meine Damen und Herren! Damit ist beschlossen, den zweiten Wahlgang am heutigen Tag durchzuführen. Wenn ich das Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden, das ich soeben führte, richtig verstanden habe, so bestehen keine Bedenken, diesen zweiten Wahlgang jetzt anzuschließen.

(Herr Dr. Daehre, CDU, und Herr Dr. Bergner, CDU: Bedenken bestehen! - Weiterer Zuruf von der CDU: Verfassungsrechtliche Bedenken!)

- Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf das geführte Gespräch - - Das Wort „Bedenken“ tausche ich durch das Wort „Zustimmung“



aus, die gegeben wurde, es so, wie von mir beschrieben, durchzuführen.

Herr Scharf, Sie hatten um das Wort gebeten. Vielleicht wollen Sie das Wort „Bedenken“ noch einmal interpretieren.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident! Unsere Fraktion hat natürlich weiterhin die vorgetragenen Bedenken. Wir schlagen aber nichtsdestotrotz für den weiteren Wahlgang Herrn Dr. Bergner als Kandidaten für den Ministerpräsidenten vor.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Ich danke Ihnen. - Meine Damen und Herren! Damit liegen für den zweiten Wahlgang vor ein Wahlvorschlag seitens der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herrn Dr. Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten zu wählen, und der soeben vom Herrn Fraktionsvorsitzenden Scharf vorgetragene Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, den Abgeordneten Herrn Dr. Christoph Bergner zum Ministerpräsidenten zu wählen.

Meine Damen und Herren! Wir steigen nunmehr in den zweiten Wahlgang ein. Ich darf wieder die Verfassung unseres Landes zitieren. Wie Artikel 65 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 beschreiben, muß auch im zweiten Wahlgang eine absolute Mehrheit erreicht werden. Die vorliegenden Wahlvorschläge habe ich Ihnen soeben genannt. Dann können wir unmittelbar zum Wahlvorgang übergehen. Ich denke, die gesamten Erläuterungen zum Wahlablauf, wie ich sie zum ersten Wahlgang ausführlich vorgetragen habe, kann ich mir ersparen, insbesondere kann ich mir ersparen, diejenigen Kriterien zu benennen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen.

Nur kurz noch eine in diesem Falle wiederholende Bemerkung zum Stimmzettel der geheimen Abstimmung. Wer den Abgeordneten Herrn Dr. Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten wählen möchte, macht dort ein Kreuz. Wer den Abgeordneten Herrn Dr. Bergner zum Ministerpräsidenten wählen möchte, kreuzt entsprechend dessen Namen an. Wer sich der Stimme enthält, kreuzt bei Enthaltung an.

Ich bitte nun die Schriftführer, die den ersten Wahlgang begleitet haben, wieder ihr Amt zu übernehmen. Zunächst die Frage an Herrn Abgeordneten Biener: Ist die Wahlurne leer? - Ich danke Ihnen; dies ist der Fall.

Herr Abgeordneter Geisthardt, beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Schriftführer Herr Geisthardt ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf.)

Meine Damen und Herren! Damit ist der Namensaufruf beendet. Ich bitte nun die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer um ihre Stimmabgabe; abschließend wählt dann wieder der Sitzungsvorstand.

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, die bzw. der seine Stimme noch nicht abgegeben hat. - Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe deshalb diese Wahl. Das Wahlergebnis wird wiederum in Kürze bekanntgegeben.

Ich unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten und bitte, die Stimmenauszählung vorzunehmen.

Unterbrechung: 16.27 Uhr.

Wiederbeginn: 16.33 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis erbracht. Abgegebene Stimmen: 95, ungültige Stimmen: keine, damit gültige Stimmen: 95.

Wie ich eingangs erläuterte, ist zum Ministerpräsidenten gewählt, wer im zweiten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt. Das heißt, bei der gesetzlichen Zahl von 99 Abgeordneten müssen 50 gültige Stimmen für den zu wählenden Ministerpräsidenten abgegeben werden.

Für den Abgeordneten Herrn Dr. Höppner stimmten 45 Abgeordnete. Für Herrn Dr. Bergner stimmten 37 Abgeordnete. Es gab 13 Stimmenthaltungen. Die erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Landtages wurde damit nicht erreicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nunmehr findet Artikel 65 Abs. 2 Satz 3 der Landesverfassung Anwendung. Es heißt dort:

„Kommt auch in diesem Wahlgang die Wahl nicht mit der Mehrheit der Mitglieder zustande, so beschließt der Landtag innerhalb von weiteren 14 Tagen über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode.“

Meine Damen und Herren! Die Fraktionsvorsitzenden und ich haben sich darauf verständigt, an dieser Stelle eine Unterbrechung der Sitzung von 60 Minuten vorzunehmen. Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden, sich um 17.15 Uhr im gleichen Raum wie vorhin einzufinden. Die Sitzung wird um 17.30 Uhr fortgesetzt.

Unterbrechung: 16.35 Uhr.

Wiederbeginn: 19.03 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Zunächst informiere ich Sie darüber, daß mir in der Drs. 2/14 ein Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorliegt. Der Antrag lautet:

„Der Landtag wolle beschließen: Der Beschluß über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode gemäß Artikel 65 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wird am Donnerstag, dem 21. Juli 1994, herbeigeführt.“

Ich bitte, die Antragsbegründung vorzunehmen. Wir sind, um es noch einmal zu rekapitulieren, bei der Begründung des Antrages in der Drs. 2/14. Ich wiederhole ihn noch einmal:

„Der Landtag wolle beschließen: Der Beschluß über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode gemäß Artikel 65 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wird am Donnerstag,

dem 21. Juli 1994, herbeigeführt. Begründung erfolgt mündlich."

Bitte, Herr Dr. Fikentscher, Sie haben das Wort.

**Herr Dr. Fikentscher (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in einem Verfahren, das aus mehreren Schritten besteht. Wir sind in dieses Verfahren eingestiegen in der Absicht, es zum Schluß zu bringen. Und dieser Schluß soll sein: Wahl des Ministerpräsidenten und seine Vereidigung.

Um diesen Schluß zu erreichen, sind verfassungsrechtlich einige Schritte erforderlich. Wir haben zwei dieser Schritte hinter uns gebracht. Nun ist es notwendig, den dritten Schritt auch zu tun, um den Weg zu eröffnen, heute einen Ministerpräsidenten zu wählen. Dies mag ein ungewöhnliches Verfahren sein; aber wir haben in vielerlei Hinsicht auch ein ungewöhnliches Wahlergebnis gehabt und haben eine ungewöhnliche Lage in diesem Land.

Deswegen müssen wir auch ein ungewöhnliches Verfahren akzeptieren, und wir müssen die Möglichkeiten der Verfassung nicht nur beachten, sondern auch ausnutzen. Wir nutzen die Möglichkeiten der Verfassung und beantragen damit, diesen Schritt, der vor dem dritten Wahlgang steht, durchzuführen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort zu nehmen? - Herr Scharf, bitte.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon abenteuerlich, wie hier die Verfassung verbogen wird, so daß man um die Stabilität des Landes Sachsen-Anhalt fürchten muß.

(Beifall bei der CDU)

Die von uns geäußerten Bedenken zum Übergang vom ersten zum zweiten Wahlgang zählen für das, was jetzt geschieht, in noch viel größerem Maße, weil die gewichtige Entscheidung über die Auflösung des Landtages bevorsteht. Spätestens hier hätte jeder, der die verfassungsrechtliche Argumentation nicht mitgeht, vielleicht auch noch einmal über eine inhaltliche nachdenken sollen und darüber, daß hier tatsächlich eine Denkpause nötig ist.

Dieses ist offensichtlich von vielen im Hause nicht gewollt. Ich meine, der Verfassung wird man hiermit nicht gerecht, noch viel weniger gerecht, als das beim erstenmal der Fall war.

Zum zweiten kommt hinzu, daß wir mitnichten meinen, der angekündigte Tagesordnungspunkt auf unserer Tagesordnung, der da hieß „Wahl des Ministerpräsidenten“, impliziere schon, daß wir auch über die Auflösung dieses Landtages heute zu befinden haben. Wir meinen, dies ist eine Erweiterung der Tagesordnung, über die wir nach § 57 unserer Geschäftsordnung zu befinden haben. Da genügt es - jeder, der schon einmal hier war, weiß es -, daß eine Fraktion oder acht Mitglie-

der des Landtages widersprechen. Dieses machen wir auch.

Wir haben also zwei Gründe, die wir hier einbringen, einmal einen verfassungsrechtlichen Grund und zum anderen einen geschäftsordnungsmäßigen Grund.

Wir meinen, daß deshalb eine Pause eingelegt werden muß und wir jetzt nicht in die Abstimmung eintreten können.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Dr. Kettel:**

Wünscht noch jemand das Wort zu nehmen? - Herr Tschiche, bitte.

**Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):**

Es tut mir leid, Herr Scharf, aber ich habe den Eindruck, Sie wollen das verhindern, was auf der Tagesordnung gestanden hat, indem Sie einmal mit der Verfassung drohen und zum zweiten versuchen, über Geschäftsordnungstricks die Sache auszuhebeln.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Herr Becker, CDU: Mit Recht kann man nicht drohen! - Herr Dr. Bergner, CDU: Mit Recht droht man nicht!)

Meine Damen und Herren! Ich habe heute früh als Alterspräsident erklärt, daß diese Tagesordnung hier verabschiedet wird. Darauf steht: Punkt 12 - Wahl des Ministerpräsidenten.

(Herr Gürth, CDU: Anarchist!)

Nun haben Sie so gut gewußt wie wir, daß es hier durch den gesamten Artikel der Verfassung geht. Heucheln Sie doch nicht so! Sie wissen genau, worum es geht.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS)

Sie wollen hier politisch verhindern, daß die Regierung Höppner an die Töpfe kommt. Da suchen Sie sich alle Tricks aus. Sie erfahren zum erstenmal, was es bedeutet, daß Mehrheiten an Ihnen vorbei gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS - Zurufe von der CDU: Es sind doch keine Mehrheiten! - Minderheit!)

Das haben Sie hier drei Jahre und länger gemacht. Das möchte ich Ihnen noch einmal sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Schreien Sie doch nicht so, das können Sie hinterher machen!

Niemand im Lande, meine Damen und Herren - das will ich noch einmal sagen -, wird es verstehen, wenn Sie durch Geschäftsordnungstricks den Ruf des Parlaments zerstören.

(Herr Gürth, CDU: Heuchler!)

Alle erwarten, daß heute die Entscheidung fällt. Wenn Herr Höppner durchfällt - das könnte ja sein -, dann ist die Sache entschieden. Aber wenn er gewählt wird, dann können wir auch regieren. Sie haben natürlich ein unglaublich hohes Interesse daran, daß wir noch vier Wochen dahinsiechen und Sie weiter regieren können.

Am Montag wird regiert, das steht fest, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Remmers um das Wort gebeten.

**Herr Remmers (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage, mit welchem Ausgang die Wahl eines Ministerpräsidenten hier betrieben wird, ist für mich nicht die Frage, die mich im Augenblick so sehr fesselt. Mich fesselt mehr die Frage, in welchem Stil und mit welcher Rücksicht auf die Regeln, die wir uns selbst gegeben haben und die Sie sich selbst gegeben haben, Sie hier heute verfahren.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch im Besitz einer Verfassung. Da steht oben über Artikel 65, verehrter Herr Fikentscher: Bildung der Landesregierung. Und wenn ich das neben die Tagesordnung lege, dort ist die Überschrift zu Punkt 12: Wahl des Ministerpräsidenten. Wo steht denn da das Gesamtpaket Bildung der Landesregierung, auf das Sie gerade abgehoben haben, weil Sie gesagt haben, das sei ein Gesamtpaket und jeder wisse doch schließlich, daß darunter dann auch die übrigen Schritte fielen?

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Genau das ist es! - Herr Dr. Fikentscher, SPD: Die Wahl des Ministerpräsidenten!)

Die Wahl des Ministerpräsidenten ist aber nun in Artikel 65 nicht die Überschrift, sondern sie ist ein Teil, ein erster Schritt, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD - Frau Dr. Kuppe, SPD: Es geht doch um den Inhalt!)

Nun geht es doch nur noch darum, und da wollen wir die Dinge doch einmal beim Namen nennen: Sie haben sich entschlossen, heute zur Wahl eines Ministerpräsidenten zu kommen, und zwar in dem Verfahren, das nach der Verfassung an vierter Stelle steht,

(Zustimmung bei der CDU)

bei dem die Verfassung vorschlägt, Wochen, Zwischenzeiten jedenfalls zu erwägen, zumindest das alles nicht an einem Tag zu tun, weil immer von weiteren Tagen die Rede ist.

Und nun kommt ein Weiteres hinzu. Sie werden das alles wegstimmen. Sie müssen nur wissen, verehrter Herr Höppner, mit welchem Glanz und mit welchem Glorienschein Sie im Ergebnis, auch verfassungsrechtlich, dann demnächst als Ministerpräsident vereidigt werden. Das müssen Sie selbst einschätzen, was Ihnen dieser Husarenritt wert ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich vermute, nachdem Sie sich entschlossen haben, sich über all diese Hürden auch mit den Stimmen der PDS hinwegheben zu lassen, werden Sie auch für diese Hürde diese Hilfe heute nicht ablehnen.

(Oh! bei der PDS)

Ich sage Ihnen nur, der Verfassung entspricht das nicht. Davon bin ich fest überzeugt.

Nun gibt es daneben auch noch die Geschäftsordnung. Und da, Herr Tschiche, bin ich in besonderer Weise von Ihnen beeindruckt. Ich habe Sie immer als den großen Verfechter der Minderheitsrechte erlebt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie haben sie ja sogar durchgesetzt. Sie werden, wenn Sie die Protokolle der letzten Wahlperiode verfolgen, nicht feststellen können, daß ein Punkt auf die Tagesordnung gekommen ist, wenn eine Fraktion, und seien es auch nur fünf Leute gewesen, die in der Fraktion waren, widersprochen hat. Das haben Sie nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie aber diesen Ritt heute machen wollen - - Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe gar nicht so viel Interesse daran, hier eine unendlich lange Agonie zu erleben. Ich weiß, was im Ergebnis dabei herauskommt. Für unser Land ist das schlimm genug.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich lege Wert darauf, daß das hier zu Protokoll gegeben wird. Und ich gebe hier zu Protokoll, daß auch bei aller Eile die Verfassungs-, Geschäftsordnungs- und Minderheitsrechte beachtet werden sollten. Und Sie verletzen sie. Ich finde, das ist ein Start, den ich Ihnen eigentlich trotz aller, ich sage einmal, unterschiedlichen Ansichten nicht gewünscht hätte.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle folgendes bemerken. Es hat mehrere Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden zu diesem Thema und zu diesem Ablauf gegeben. Ich habe aus gutem Grund und in Übereinstimmung mit der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt in den vorbereitenden Gesprächen, die zur heutigen Tagesordnung geführt haben, keine Rolle gespielt. Insofern war ich auch nicht aufgefordert und legitimiert, Vorschläge zu unterbreiten, die den Charakter eines Kompromisses tragen würden.

Ich habe dies dann nach meiner Wahl am heutigen Tage vor den vier Fraktionsvorsitzenden getan auf der Grundlage meiner Beurteilung, wonach die Entscheidung über die vorzeitige Beendigung der Legislaturperiode eine qualitativ andere und nach meinem Dafürhalten schwerer wiegende Frage ist als die drei Wahlgänge, in die dieses hier eingeordnet wird.

Ich habe aus diesem Grunde den Kompromißvorschlag unterbreitet, den jetzt anstehenden Tagesordnungspunkt bzw. die jetzt anstehende Abstimmung auf den morgigen Tag zu verlegen. Dann wäre der Tagesordnung, die da endet mit der Vorstellung und Vereidigung des Kabinetts, noch Rechnung getragen worden. Ich erwähne das der Redlichkeit halber und füge abschließend hinzu, dieser Kompromißvorschlag ist nicht akzeptiert worden.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, stelle ich den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Drs. 2/14 zur Abstimmung. Ich wiederhole ihn noch einmal: Der Landtag wolle beschließen: Der Beschluß über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode gemäß Artikel 65 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wird am Don-

nerstag, dem 21. Juli 1994, herbeigeführt. - Die Begründung wurde gegeben.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Zeichen per Stimmkarte. Ich bitte die Schriftführer, zu zählen.

(Herr Remmers, CDU: Die Koalition steht! - Herr Dr. Bergner, CDU: Bis auf eine Ausnahme!)

Gibt es Gegenstimmen? - Der Antrag wurde bei 57 Ja-Stimmen, 37 Neinstimmen und einer Stimmenthaltung angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit im Verfahren, welches da lautet: Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode. Es wurde hierzu eine Debatte vereinbart. Es wurde vereinbart, die Debattenredner in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen aufzurufen.

Ich bitte den Vertreter der CDU-Fraktion, das Wort zu nehmen. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Herr Dr. Bergner (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen hier vor einer denkwürdigen und gewichtigen Entscheidung; denn es ist schließlich nicht bedeutungslos, ob ein Parlament, das gewählt wurde, das den Auftrag des Wählers hat, sich bereits in seiner konstituierenden Sitzung auflöst. Dies ist bzw. wäre ein ausgesprochen ungewöhnliches Verfahren und würde dokumentieren, daß die Abgeordneten mit ihrem Mandat eigentlich nichts anzufangen wissen.

Schon deshalb hätte ich mir gewünscht - und ich wiederhole das, was bereits gesagt wurde -, daß man, wenn schon in der Minderheitskoalition und zu meiner Überraschung, weil ich vorher andere Töne gehört habe, auch bei der PDS Nachdenklichkeit überflüssig erscheint, wenigstens der CDU die Gelegenheit gegeben hätte nachzudenken.

(Unruhe bei der SPD)

Aber dieses Minderheitenrecht - ich sage das noch einmal mit allem Nachdruck und mit Blick auf Herrn Tschiche - haben Sie uns verweigert, und darauf werden wir mit Sicherheit auch an geeigneter Stelle immer wieder hinweisen.

Wir haben also jetzt zu entscheiden, wo wir in dieser Abstimmung stehen, Auflösung des Parlaments, ja oder nein. Es gibt für die CDU-Fraktion tausend Gründe, gegen eine Parlamentsauflösung zu sprechen. In so kurzer Folge muß eine neue Wahl organisiert werden; die Bevölkerung ist wahlmüde; es kommen Kosten und Organisationsprobleme auf uns zu. Es läßt sich eigentlich auch kaum ein qualifizierter Wahlkampf führen.

Wenn wir als CDU jetzt trotzdem - ich hoffe, geschlossen - für die Auflösung des Parlaments stimmen, dann deshalb, weil uns die Minderheitskoalition in eine geradezu erpresserische Lage gebracht hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Argumentation der Minderheitskoalitionäre ist folgende: Sie interpretieren die Verfassung - man kann sich sicherlich an geeigneter Stelle darüber noch streiten - in der Weise, daß Sie sagen, dieser Auflösungsbeschluß hat nach unserer Lesart folgende Bedeutung: Wer gegen eine Minderheitsregierung ist, kann gegen die Minderheitsregierung votieren, indem er für die Auflösung des Parlaments votiert. Das ist die Logik der

Minderheitskoalitionäre, mit der Sie bestimmt weiterhin Ihre Argumentation führen werden, die ich jedenfalls in dem leider ergebnislosen Gespräch mitgenommen habe.

Im Umkehrschluß würde dies bedeuten: Wer gegen eine Auflösung des Parlaments ist, ist für eine Minderheitskoalition. Uns in diese Lage zu bringen, ist geradezu erpresserisch.

(Beifall bei der CDU - Herr Lehmann, SPD: Letztes Jahr haben Sie uns in diese Lage gebracht! - Weitere Zurufe von der SPD)

Aber ich muß Ihnen sagen, wir werden uns dieser Erpressung nicht beugen. Wir werden für die Auflösung des Parlaments stimmen, damit kein Zweifel besteht, daß wir diese Minderheitsregierung nicht wollen. Das ist unser Standpunkt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun die Gelegenheit wahrnehmen, diesen Skandal der Minderheitsregierung - denn es ist ein Skandal - ein wenig argumentativ zu beleuchten.

(Herr Kühn, SPD: Sie haben von Triebtätern gesprochen!)

- Ich sage noch etwas zu dieser Argumentation. - Wir hätten es vom Wählervotum her überhaupt nicht nötig gehabt, ein solches Minderheitsgebilde zu formieren. Wir hätten die Möglichkeit gehabt - ich erwähne dies, weil unsere Bereitschaft dazu bis zu dieser Sekunde ungebrochen besteht -, eine große Koalition zu bilden.

Nun will ich einmal die Argumente beleuchten, die mir aus dem Lager der Minderheitskoalitionäre gegen eine große Koalition vorgetragen wurden. Da sind die Freunde vom Bündnis 90, die Kollegen - - Ich habe sie früher einmal Freunde genannt; ich bin mir nicht mehr sicher, ob das auf Dauer der richtige Terminus ist.

(Zuruf von Herrn Felke, SPD)

- Wir befinden uns hier in einer sehr ernsten Lage, Herr Felke, und ich hoffe, daß das deutlich wird.

(Beifall bei der CDU - Herr Felke, SPD: Eben darum!)

Da sind die Kollegen vom Bündnis 90, die sagen: Für uns als Bündnis 90 wäre eine gemeinsame Opposition mit der PDS gegen eine große Koalition verhängnisvoll. Dann ist da die SPD, die ein Argument nennt, das im übrigen auch für die CDU gilt, nämlich daß die großen Volksparteien in einer großen Koalition ihr eigenes Profil verlieren.

Beides ist richtig, aber ich mache darauf aufmerksam, daß dies ausschließlich parteipolitische Argumente sind

(Beifall bei der CDU)

und daß bei dieser Argumentation das Wohl und Wehe der jeweiligen Partei über das Wohl und Wehe des Landes gestellt wird. Das ist schlicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und bei der PDS)

- Es ist übrigens interessant, woher die Zwischenrufe alle kommen. Die Koalition formiert sich, aber dazu habe ich noch mehr zu sagen.

(Beifall bei der CDU - Herr Schubert, SPD: Die Koalition der Vernunft vielleicht! - Heiterkeit bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- Machen Sie es nur so, sagen Sie es laut. Das wird mich freuen.

Sie können also gegen die große Koalition viele Argumente vorbringen, die ich sogar verstehe und teile. Aber sie müssen zugestehen, daß Sie die Parteipolitik über das Wohl des Landes setzen, und das ist für mich ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

(Beifall bei der CDU)

Statt dieser möglichen Koalition - denn wir müssen immer in Rechnung stellen, daß die PDS zwar gesagt hat, sie bleibt in der Opposition; wir werden sehen, ob sie sich daran hält; die SPD hat gesagt, sie geht nicht mit der PDS zusammen, auch das ist eine interessante Konstellation; aber unterstellen wir einmal, daß die tragfähige und für das Land günstigste Lösung nicht zustande kam - bietet man uns jetzt eine Lösung an, die ich geradezu hanebüchen finde und der ich auch von dieser Stelle jegliche Mitwirkung absagen will.

Ein neuer Politikstil wird kreiert. Man sagt, wir suchen uns die Mehrheiten in Sachfragen, wo wir sie jeweils herbekommen. Ich will über die Frage der Handlungsfähigkeit, die mit Blick auf unser Land für eine solche Regierung besteht, keine Ausführungen machen. Ich bin aber versucht, namhafte Sozialdemokraten zu zitieren, und zwar ausnahmslos Sozialdemokraten, die sich um den Aufbau unseres Landes verdient gemacht haben, wie Hermann Rappe und Klaus von Dohnanyi, um deutlich zu machen, daß eine solche Konstruktion für die notwendige Aufbauarbeit im Lande geradezu aberwitzig ist.

Aber was mich noch mehr schmerzt, ist ein ganz anderer Punkt. Wenn man schon vorgehabt hat, die Politik neu zu erfinden oder zumindest neue parlamentarische Riten einzuführen, so frage ich mich, Herr Höppner, warum Sie das dem Wähler nicht vor der Wahl angekündigt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte mich gefreut, Herr Höppner, über genau diese Ihre Politikmodelle in den vielen Wahlkampfveranstaltungen, die wir gemeinsam auch in kontroverser Diskussion geführt haben, mit Ihnen zu streiten. Aber dazu bestand keine Gelegenheit. Nun muß ich einmal sagen, sie hätte schon bestanden, denn dieses Politikmodell geht auf einen Vorschlag der PDS zurück. Auch das muß hier ausgesprochen werden. Die Idee, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu tolerieren, stammt von Herrn Claus vom Februar dieses Jahres.

(Herr Gürth, CDU: Sehr richtig!)

Sie, Herr Höppner, haben mit Äußerungen reagiert wie - ich habe eine ganze Liste von Zitaten; ich lese einmal eines vor, weil es im „Neuen Deutschland“ zwei Tage vor der Wahl erschienen ist -:

„Die Tolerierung einer Minderheitsregierung, durch welche Partei auch immer, birgt zu viele Unsicherheiten in sich. Eine verlässliche Regierungsarbeit ist so nicht möglich.“

(Hört, hört! und Zustimmung bei der CDU)

Herr Höppner, ich muß also fragen: Was hat sich denn in der Wahlnacht ereignet? Warum gilt das, was Sie vor der Wahl gesagt haben, nun überhaupt nicht mehr, und zwar in einer Frage, die ich für ganz entscheidend halte? Es geht ja noch weiter! Das geht bei der Zusammenarbeit mit der PDS weiter. Die Tolerierung durch

die PDS haben Sie am weitesten von sich weggewiesen. Jetzt sind Sie am nächsten dran. Sie sind darauf angewiesen, wie die bisherigen Abstimmungen doch schon deutlich gemacht haben.

Sie haben Quadratkilometer mit Wahlplakaten beklebt - wir und die anderen auch.

(Lachen bei der PDS)

- Die PDS hat dies übrigens in erheblicher und erstaunlicher Zahl getan, gemessen an der Größe der Partei bzw. Fraktion.

(Heiterkeit bei der CDU - Lachen bei der PDS - Zuruf von Herrn Prof. Dr. Lüderitz, PDS)

- Es war auch unser gutes Recht. - Worauf es mir jetzt ankommt, meine Damen und Herren, ist der Umstand, daß auf diesen Quadratkilometern Wahlplakaten immer stand, daß es mit Sicherheit vorwärts geht und daß Sachsen-Anhalt eine starke SPD, eine starke Partei braucht. Es stand nirgends, daß man einen neuen Politikstil einführen will und daß man sich von der PDS tolerieren lassen will. Das hätte ich mir der Ehrlichkeit halber auf den Wahlplakaten gewünscht, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Budde, SPD)

Es kommt ein weiteres Argument gegen dieses Modell einer Minderheitsregierung, die sich wahlweise von denen tolerieren läßt, die gerade in der Sachfrage mit der Minderheitsregierung übereinstimmen, das Sie uns jetzt als große Erneuerung vorstellen, hinzu.

Wenn Sie dieses Parlament des runden Tisches wollen, Herr Höppner, dann verstehe ich nicht, warum Sie sich überhaupt der Mühe unterzogen haben, eine Koalitionsvereinbarung zu verhandeln.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Richtig!)

Welchen Sinn hat eine Koalition denn überhaupt, wenn man diesen neuen Politikstil einführen will, und welchen Sinn hat vor allen Dingen eine Regelung in diesem Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD, den wir über Umwege bekommen mußten? Wir waren nicht so privilegiert wie die PDS, der Herr Tschiche das Dokument nahegebracht hat. Aber immerhin, wir haben es auch erhalten.

(Herr Tschiche, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte es Ihnen auch gern gebracht! Ich dachte, Sie hätten es!)

- Herr Tschiche, vielleicht kommen Sie zu einer anderen Gelegenheit einmal zu uns.

(Herr Tschiche, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Gern!  
- Herr Nägler, CDU: Pustekuchen!)

Größtes Erstaunen habe ich bei einer Formulierung auf Seite 66 unter Ziffer 2 gefunden: Diejenigen, die den neuen Politikstil verkünden - abstimmen mit wechselnden Mehrheiten; Zustimmung einmal von der PDS, ein andermal von der CDU, am liebsten nur von der CDU, wenn ich Herrn Höppner richtig verstehe, nie von der PDS -,

(Lachen bei der CDU)

schreiben an dieser Stelle - ich empfehle den Journalisten, dies nachzulesen -, "beide Fraktionen" - gemeint sind die Fraktionen, die die Minderheitskoalition bilden - "werden im Landtag und seinen Ausschüssen nicht

mit wechselnden Mehrheiten abstimmen." Dies gelte auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik seien.

(Beifall bei der CDU - Frau Dr. Kuppe, SPD: Was soll denn das?)

Meine Damen und Herren! Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Mit gutem Recht, Herr Bergner!)

Auf der einen Seite ist die Minderheitskoalition,

(Beifall bei der CDU)

die sich zusammenschmiedet, die sich gegenseitig bei Abstimmungen nicht überraschen will,

(Beifall bei der CDU - Herr Tschiche, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Eben, das ist gut!)

auf der anderen Seite sitzen links und rechts die Depen, die jeweils die Mehrheit liefern.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das ist mit uns nicht zu machen, meine Damen und Herren! Darüber sollten Sie sich im klaren sein. Das ist mit uns nicht zu machen.

Ich sage Ihnen eines - wenn die PDS jetzt still ist - Das wird auch nicht mit der PDS zu machen sein. Die PDS wird ihre Position raffiniert ausnutzen, und die bisherigen Abstimmungsverhältnisse sprechen ganz dafür.

(Lachen bei der PDS)

Ich verkünde, Sie haben sich - beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist es nicht ganz so kritisch, sie hatten nie solche Abgrenzungsdogmen - aufgrund Ihrer anfänglichen Abgrenzungsdogmen einen Ring durch die Nase gezogen, und Frau Sitte oder Herr Claus werden sie in den nächsten vier Jahren an diesem Ring hier durch das Parlament führen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Budde, SPD)

Wenn es mir nicht um die Zukunft Sachsens-Anhalts so leid täte, müßte ich heute die PDS zu diesem gelungenen Coup beglückwünschen.

(Herr Dr. Hecht, SPD: Ist das nicht das Ende Deutschlands?)

- Ja, Herr Hecht, das, was mich an Ihnen verwundert, ist, daß Sie sich überhaupt nicht darüber klar werden, daß hier eine Entscheidung fällt, die deutschlandweit von entscheidender Bedeutung ist.

(Herr Dr. Hecht, SPD: Genau das ist es! - Frau Dr. Kuppe, SPD: Jetzt fängt er an zu denken!)

- Dann sagen Sie das aber bitte auch im Wahlkampf, daß Sie solche Tolerierungsmodelle deutschlandweit haben wollen.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Es geht doch nicht um das Tolerierungsmodell, Herr Bergner!)

- Nein, ich weiß überhaupt nicht, was Sie dann noch meinen.

Ich möchte noch auf einen dritten Grund eingehen, der für mich die Haltung der SPD völlig unglaubwürdig macht.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Herr Dr. Bergner, ich möchte nur darauf hinweisen, daß sich die Fraktionsvorsitzenden vorhin auf Redezeiten verständigt haben, die ich dann bei exorbitanter Auslegung auch bei den anderen Rednern noch anzuwenden hätte. Ich würde Sie bitten, das zu berücksichtigen.

**Herr Dr. Bergner (CDU):**

Herr Präsident, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das Minderheitenrecht der CDU-Fraktion wenigstens an dem Punkt zum Ausdruck bringen und uns Gelegenheit geben, daß wir bei dieser schicksalhaften Entscheidung wenigstens unsere Argumentation zu Ende führen können.

(Ohl bei der SPD)

Der dritte Punkt der Argumentation beleuchtet nämlich unsere Verfassung,

(Frau Lindemann, SPD: Das ist schon peinlich!)

die wesentlich durch Herrn Höppner als Vorsitzenden des Verfassungsausschusses geprägt war. In unserer Verfassung gibt es in Artikel 48 eine klare Rollenzuweisung für die Opposition. Es gibt von Herrn Professor Schneider, der Sie damals beraten hat, entsprechende Parlamentsrechtskommentare, auf die wir uns beziehen werden und die ganz deutlich machen, daß es die Aufgabe einer Opposition ist, den Wechsel anzustreben und nicht eine Regierung zu stützen, und daß daher auch ihre besondere Stellung im Parlament deutlich wird.

(Zuruf von Frau Dr. Sitte, PDS)

Meine Damen und Herren! Wir stehen jetzt vor einer Abstimmung, bei der wir uns erpreßt fühlen, weil wir eigentlich konstruktiv mit dem Wählervotum umgehen wollten. Aber ich sage noch einmal, es steht die Interpretation: Wer gegen die Auflösung des Parlamentes stimmt, stimmt für die Minderheitsregierung. Ich fordere die Medien auf, am Abstimmungsverhalten festzustellen, wer die Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt ermöglicht hat und wer sie stützt. - Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU - Herr Reck, SPD: Dafür haben wir die Schriftführer!)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Für die Fraktion der SPD nimmt der Abgeordnete Herr Dr. Fikentscher das Wort.

**Herr Dr. Fikentscher (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde nicht die Wahlkampfreden wiederholen und auch nicht auf den Wahlkampf eingehen.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Tschiche, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde nicht alles wiederholen, was während der vergangenen Wochen öffentlich und nicht öffentlich, jedenfalls weit verbreitet, zum Teil deutschlandweit diskutiert worden ist, was für oder gegen eine Minderheitsregierung in dem einen oder anderen Fall sprechen könnte. Ich möchte mich vor allem auf das Thema beziehen.

Das Thema lautet: Wollen wir eine vorzeitige Beendigung der Wahlperiode oder nicht? Dabei sage ich, dies

ist eigentlich nur ein Schritt, der den Weg zu dem dritten Wahlgang für die Wahl des Ministerpräsidenten frei macht, zu einem Wahlgang, in dem diese Wahl mit einer Minderheit möglich ist. Insofern ist die Ausdeutung von Ihnen, Herr Bergner, völlig korrekt. Es wird bei dieser Abstimmung auch darum gehen, ob die Mehrheit des Landtages der Meinung ist, daß eine Minderheitsregierung gebildet werden kann.

Wir sind nicht für die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode. Wir sind der Ansicht, daß wir als Abgeordnete in diesen Landtag mit der Aufgabe gewählt worden sind, hier Politik zu gestalten und nicht dazu, wieder nach Hause zu gehen. Wenn die CDU-Fraktion, die mehrheitlich direkt vom Wähler gewählt worden ist, der Meinung ist, sie könne jetzt ihre Koffer packen und nach Hause gehen, wenn Sie den Wähler zum zweitenmal fragen will, ob er es wirklich ernst gemeint hat, daß Sie Politik machen, dann müssen Sie das natürlich mit sich ausmachen. Wenn ich als direkt gewählter Abgeordneter

(Herr Dr. Bergner, CDU: Der Sie nicht sind!  
- Weiterer Zuruf von der CDU: Er hat es ja nicht geschafft!)

vor meine Wähler treten und sagen sollte: Es hat mir beim erstenmal nicht gefallen, ich gehe wieder nach Hause, dann würde ich in Argumentationsschwierigkeiten geraten.

Ich habe aus Ihrer Rede mit Verwunderung entnommen, daß Sie wieder nach Hause gehen wollen. Ich habe allerdings auch einen Ton bei Ihnen gehört, der davon zeugt, daß Sie meinen, eine Minderheitsregierung könnte durchaus vier Jahre halten. Das war etwas, was ich bisher in öffentlichen Verlautbarungen anders vernommen hatte. Sie gehen also von einer Annahme aus, von der wir meinen, daß sie Realität wird.

(Herr Dr. Bergner, CDU: PDS-toleriert! - Herr Remmers, CDU: Den Ring in der Nase müssen Sie sich immer mit denken! - Heiterkeit bei der CDU)

- Der Ring in der Nase ist Ihrer Phantasie entsprungen. Ich habe dies auch aus dem Mund eines Ihrer inzwischen zurückgetretenen Kabinettsmitglieder schon einmal gehört: An der Nase über den Domplatz führen!

(Herr Dr. Bergner, CDU: Vera Wollenberger hat es auch gesagt!)

Aber, meine Damen und Herren, es geht nun einmal jetzt um diese Abstimmung. Wir sagen, es ist der Weg, der gegangen werden muß, um diese Minderheitsregierung zu bilden. Deshalb gehen wir ihn. Die Mitglieder der SPD-Fraktion werden hier nicht zustimmen. Wir wollen, ich sagte es, Politik gestalten und nicht wieder von vorn anfangen.

(Unruhe bei der CDU)

Das parteipolitische Argument für oder gegen eine große Koalition, das Sie angeführt haben, mag zum Teil richtig sein. Wenn Sie aber sagen, eine große Koalition werde so angesehen, daß in ihr die Auseinandersetzung nicht mehr stattfindet, dann sage ich: Das ist ein wesentlicher Gesichtspunkt, der die politische Landschaft und die demokratische Entwicklung bestimmt. Da halte ich es doch für wichtig, daß die großen politischen Auseinandersetzungen offen ausgetragen werden und nicht in großen Koalitionen versinken.

(Beifall bei der SPD)

Das ist etwas, was wir immer gesagt haben.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Dann sorgen Sie aber dafür, daß es eine eindeutige Opposition geben darf, Herr Dr. Fikentscher!)

- Das dürfen Sie. Sie dürfen eine eindeutige Opposition treiben, Herr Bergner.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU: Sehr gut! Wir nehmen Sie beim Wort! Dann sagen Sie mal, woher Sie Ihre Mehrheiten kriegen!)

Aber eindeutige Opposition heißt natürlich, daß man auch - und jetzt knüpfe ich an das an, was Sie gesagt haben - für das Wohl des Landes etwas tut und nicht aus Prinzip zu allem nein sagt, selbst wenn Sie wissen, daß es dem Wohl des Landes dienen würde, ja zu sagen.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Sobetzko, CDU: Und das Wohl bestimmen Sie!)

Wir dürfen diese jetzt bevorstehende Abstimmung nicht isoliert betrachten, sondern wollen einen Schritt tun, den die Verfassung vorschreibt. Es ist eine völlig neue Situation, eine andere Situation, als wir sie schon einmal in diesem Haus gehabt haben, als wir einen anderen Weg eröffnen wollten, um zu Neuwahlen zu kommen. Diese Wahlen hatten wir. Diese Wahlen wollen wir jetzt nicht wieder haben.

Wir wollen in diesem Landtag politisch agieren. Wir wollen miteinander diskutieren, wir wollen im Sinne unseres Auftrages auch die Verantwortung übernehmen. Wir wollen das natürlich für das Wohl des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Bewohner tun. Wir wollen es nicht, so wie Sie es ausdeuten, parteipolitisch nutzen. Ich mache da auch keinen großen Unterschied. Was wir als Sozialdemokraten wollen, das ist das, was wir unserer Überzeugung nach für das Wohl dieses Landes tun wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von Herrn Dr. Bergner, CDU)

Deshalb werden wir nicht für die Auflösung des Landtages und die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode stimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Herr Dr. Bergner, CDU: Herzlichen Glückwunsch zur Selbstgerechtigkeit!)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Für die Fraktion der PDS hat ihre Fraktionsvorsitzende Frau Dr. Sitte das Wort.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Packen Sie den Ring fest an, Frau Sitte! - Unruhe bei der SPD)

**Frau Dr. Sitte (PDS):**

Herr Bergner, das mit den Nibelungen hatten wir schon.

Die Position der PDS-Fraktion läßt sich in fünf Punkten zusammenfassen.

Erstens. Die PDS-Fraktion spricht sich gegen die Auflösung des Landtages aus.

Zweitens. Die PDS spricht sich damit auch klar gegen Neuwahlen aus. Es stellt sich nämlich für die Noch-Wählerinnen und Noch-Wähler die Frage, wie oft sie es den Parteien eigentlich noch zeigen sollen.



Drittens. Der Landtag ist heute mit der Aufgabenstellung zusammengetreten, sich selbst zu konstituieren, den Landtags- und die Vizepräsidenten und den Ministerpräsidenten des Landes zu wählen. Heute ohne diese Ergebnisse auseinanderzugehen ist dem Land und seinen Bürgern weder zuzumuten noch zu erklären.

Viertens. Das Verfahren und die zeitlich schnelle Abfolge halten wir nicht für verfassungsrechtlich bedenklich.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Sie hätten doch im ersten Wahlgang schon zustimmen können!)

Fünftens. Gebraucht wird ein handlungsfähiger Landtag. Gebraucht werden schnell stabile politische Verhältnisse, und gebraucht wird eine in Kürze arbeitsfähige Landesregierung. Unter diesen Prämissen entscheiden wir. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS - Herr Dr. Bergner, CDU: Warum hätte das nicht gleich im ersten Wahlgang laufen können? - Herr Jeziorsky, CDU: Die machen es gleich, aber erst am Schluß!)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat ihr Fraktionsvorsitzender Herr Tschiche das Wort.

**Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Wahlergebnisse in diesem Land aufmerksam machen.

(Herr Jeziorsky, CDU: Ihres war besonders gut!  
- Herr Knolle, CDU: 5,09 %!)

- Ich bitte, hören Sie einmal zu und lassen Sie das blöde Gesabber.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Fast 50 % der Bevölkerung haben gesagt: Wir gehen nicht zur Wahl. Das heißt, es ist eine Frage an uns alle: Was machen wir eigentlich, daß so wenig Vertrauen in der Bevölkerung ist, daß sie nicht einmal mehr zur Wahl geht? Heißt es nicht im Grunde genommen, daß sie sagen: Laßt die machen, was sie wollen, die hören sowieso nicht auf uns. Dann können wir gleich wegbleiben.

Da ist an dem Wahlergebnis für mich etwas, was mich als Politiker unglaublich bedrückt. Ich will auf keinen Fall diese Nichtwählerinnen und Nichtwähler beschimpfen, sondern wir Politiker müssen überlegen, woher das kommt.

Eine weitere Bemerkung, Herr Bergner. Die Hälfte der Bevölkerung hat gewählt.

(Herr Knolle, CDU: Aber nicht Sie!)

Von der Hälfte der Bevölkerung haben zwei Drittel gesagt: Es muß anders werden in diesem Land. Nur ein Drittel hat gesagt: Weiter so! Das ist nämlich das - -

(Herr Dr. Bergner, CDU: Herr Höppner hat den Leuten etwas anderes prophezeit als das, was er heute vertritt!)

- Hören Sie doch erst einmal zu und lassen Sie mich ausreden. - Ein Drittel von denen, die gewählt haben, hat gesagt: Weiter so! Dazu muß man aber folgendes sagen: Die F.D.P. ist sozusagen mit Ihnen zusammen politisch zur Bedeutungslosigkeit weggeschrumpft, und

Sie selbst haben im Verhältnis zu der letzten Wahl auch eingebüßt.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Sie auch!)

Man kann Ihnen, Herr Bergner, zugestehen, daß Sie Schadensbegrenzung innerhalb Ihrer Partei gemacht haben. Das will ich alles gar nicht bestreiten. Nur, zwei Drittel haben gesagt: Nicht weiter so! Ein Drittel hat gesagt: Weiter so! Nun verlangen Sie, daß die SPD zu Ihnen ins Bett steigt, obwohl die Wählerinnen und Wähler der SPD gesagt haben: Mit der CDU bitte nicht. Das haben sie gesagt.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Lachen bei der CDU - Herr Dr. Bergner, CDU: Wie haben sie das gesagt?)

Meine Damen und Herren! Das Programm der SPD hat sich in unterschiedlichen Punkten wesentlich von dem unterschieden, was Sie unter Politik verstehen. Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, daß Sie abgewählt worden sind.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Herr Abgeordneter Tschiche, möchten Sie eine Zwischenfrage beantworten?

**Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):**

Lassen Sie mich bitte erst einmal zu Ende reden.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Es war eine Frage. Sie beantworten sie.

**Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):**

Das ist das Problem, welches wir vor uns haben. Sie wollen ja nun für die Auflösung stimmen, weil Sie genau wissen, daß der Landtag nicht aufgelöst wird.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie nämlich wüßten, daß es dazu kommen könnte, dann würden Sie es nicht machen.

(Zuruf von der CDU)

Nun sagen Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie so entscheiden, daß die Wählerinnen und Wähler nach einigen Wochen wieder aufgefordert werden sollen, nun noch einmal zu wählen. Das heißt im Grunde folgendes, woran ich Sie erinnere: Wenn Ihnen denn das Volk nicht paßt, dann wechseln Sie es doch einfach aus! Dann nehmen Sie den Teil der CDU-Wähler aus der Bundesrepublik, siedeln sie nach hier um, und wir siedeln unsere Leute anderswo an. Das könnte man ja machen.

(Unruhe bei der CDU - Herr Dr. Bergner, CDU: Herr Tschiche, das ist aber weit unter Ihrer Würde!)

Meine Damen und Herren! Was Sie angestrebt haben, ist die Umkehrung des Wählerwillens. Das muß man einfach sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nun standen wir miteinander unter dem unglaublichen Druck, was wir angesichts dieser Situation machen. Meine Damen und Herren, es geht ja gar nicht um Parteiinteressen. Das sind ja alles Scheinbehauptungen.



Es geht darum, daß uns durch die Wahl klargeworden ist: Diese CDU-Politik soll nicht fortgesetzt werden.

Es geht nicht in erster Linie um wirtschaftliche Fragen. Da haben Sie sich ja sukzessive geändert. Nun geht immer der Streit, wer denn nun die Veränderung der Wirtschaftspolitik in das Land gebracht hat, ob das die SPD oder Sie waren.

(Lachen bei der CDU)

Jedenfalls haben Sie sich da manchen Positionen der SPD angenähert. Das ist unbestritten.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das merkt man bei der Bereitschaft eines Parteilosen, Wirtschaftsminister zu werden!)

- Nun wollen wir einmal zu diesem parteilosen Wirtschaftsminister kommen. Dieser parteilose Wirtschaftsminister hat gesagt, er finde das Programm gut.

(Lachen bei der CDU)

- Hat er gesagt. - Aber er hatte Angst, meine Damen und Herren, vor dieser Minderheitsregierung.

(Herr Jeziorsky, CDU: Warum wohl?)

Das war sein Problem. Und, meine Damen und Herren, das muß man dazu sagen: Die Wirtschaft hat das Programm nicht gelesen.

(Lachen bei der CDU)

Trotzdem macht sie gegen uns Front.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Die A 82 haben sie gelesen!)

Ich denke, das ist nicht fair. Denn ich möchte nur einmal wissen, was die Wirtschaft eigentlich gegen die Eigenkapitalbildung haben könnte. Ich möchte einmal wissen, warum man dagegen ist.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Es sind alle dafür! Das ist kein Problem!)

- Na also, Herr Höppner. - Jetzt sage ich zu dem Bergner schon Höppner!

(Heiterkeit)

Ernsthaft jetzt, meine Damen und Herren. Deswegen mußte also eine politische Entscheidung her, und die konnte im Augenblick nur in dieser Konstruktion erfolgen.

Nun sind Sie ja auf die glorreiche Idee gekommen, die PDS eventuell zu verklagen, wenn sie nicht Opposition spielt. Offenbar wollen Sie das bei sich vermeiden, daß nun nicht jemand anderer auf die Idee kommt, Sie zu verklagen, wenn Sie nicht Opposition spielen.

Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie einmal daran: Sie haben uns auch nicht verklagt, als hier die Gebietsreform durchgeführt würde. Da haben wir mit Ihnen gestimmt und nicht mit der SPD. Erinnern Sie sich noch daran? Niemand von Ihnen hat darüber nachgedacht, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Oppositionszuschlag zu entziehen, weil sie nicht ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommt.

(Herr Dr. Sobetzko, CDU: Es geht nicht um Eintagsfliegen!)

- Ist eine Gebietsreform eine Eintagsfliege? Das werde ich Ihren Wählerinnen und Wählern sagen. Das ist ja hervorragend.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich würde Ihnen raten, ruhig zu sein. Das Problem ist, daß Sie sonst dauernd Eigentore schießen.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Von daher, meine Damen und Herren, denke ich, hier liegt ein klares Wählervotum vor. Nicht weiter so, sondern anders. Wir versuchen, dies in Politik umzusetzen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich denke, nach dem ersten Erschrecken im Westen wächst das Verständnis für das, was hier ausprobiert wird. Die Westdeutschen - ich sage das noch einmal - müssen einfach auch zur Kenntnis nehmen, daß in Ostdeutschland die Uhren anders gehen. Das habe ich immer und immer von neuem gesagt.

(Herr Becker, CDU: Aber sie gehen nicht rückwärts!)

Abschließend, meine Damen und Herren - dann höre ich auf -, will ich Sie noch einmal einen Augenblick daran erinnern, was denn passiert ist, nachdem die DDR zu Ende gegangen ist.

(Zuruf von der CDU: Das ist lange her!)

- So lange ist das gar nicht her, und Sie waren ziemlich daran beteiligt.

Meine Damen und Herren! Das Ende der DDR hat nicht bedeutet, daß sich die DDR-Eliten nicht weiter am politischen Leben beteiligt haben. Zuerst, meine Damen und Herren, waren Sie dran, die sogenannten Blockparteien. Sie sind in die politische Verantwortung gegangen, und Sie haben politisch das gemacht, was Sie 40 Jahre gelernt haben. Sie haben sich den Mächtigen angepaßt.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU: Meinen Sie mich, Herr Tschiche? Wen meinen Sie denn? Nennen Sie doch Namen!)

- Ja, Herrn Dr. Gies zum Beispiel, Ihren ersten Ministerpräsidenten. Ich könnte sofort zitieren, was er alles als ehemaliger Chef des Kreises da in Stendal gesagt hat.

Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich einfach klarmachen. In diesen Parteien sind die DDR-Eliten zu Wort gekommen. Ich habe ja gar nichts dagegen. Unser Irrtum war, zu glauben, daß das ohne die DDR-Eliten ging. Das haben wir unterdessen begriffen.

Jetzt passiert hier in Ostdeutschland das, was in Ostmitteleuropa passiert, daß sich nämlich Reformsozialisten zu Wort melden, mit Anteilen Unbelehrbarer, das ist ja unbestritten.

(Herr Remmers, CDU: Weiterreden, weiterreden!)

Nur, wenn Sie, meine Damen und Herren, Politik machen wollen, dann können Sie das nicht gegen 20 % der Wählerinnen und Wähler in diesem Lande. Dann sperren Sie die gleich in Quarantäne und sagen: Da verschimmelt! So geht das nach meinem Eindruck nicht.

Ein Allerletztes, meine Damen und Herren. Wir haben Ihnen ja angeboten, zu bestimmten Problemen auch wirklich mitzuzentscheiden. - Ich höre auf, ja. - Sie, meine Damen und Herren, sagen: Nein, jetzt machen wir Fundamentalopposition.

Das erinnert mich an einen Bauern aus meinem Dorf. Der hieß Schicke, Jakob. Der war immer dagegen. Wir haben ihn gefragt: „Nun sag einmal, Schicke, warum bist du denn dagegen?“ Da hat er gesagt: „Ick bin aus Prinzip dajehen, ooch ohne Jrund.“

Wenn Sie so Politik machen, meine Damen und Herren, dann Gnade Ihnen Gott.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der PDS - Zurufe von der CDU)

**Präsident Herr Dr. Keltel:**

Meine Damen und Herren! Die vereinbarte Debatte ist damit beendet. Ich frage trotzdem noch einmal, ob jemand das Wort wünscht. - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode gemäß Artikel 65 Abs. 2 Satz 3 und 4, die da lauten:

„Kommt auch in diesem Wahlgang“

- damit ist offenkundig der zweite gemeint -

„die Wahl nicht mit der Mehrheit der Mitglieder zustande, so beschließt der Landtag innerhalb von weiteren vierzehn Tagen über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode. Wird die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode nicht mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages beschlossen, findet unverzüglich ein weiterer Wahlgang statt.“

Meine Damen und Herren! Wir führen diese Abstimmung als offene Abstimmung gemäß § 75 Abs. 1 der Geschäftsordnung - Abstimmung durch Namensaufruf - durch, da der Beschluß einer Mehrheit bedarf, die nach der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages zu berechnen ist.

Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Abstimmung durch Namensaufruf)

Sind noch Abgeordnete im Saal, die ihre Stimme nicht abgeben konnten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist diese Abstimmung beendet.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen. Bei 37 Jastimmen, 58 Neinstimmen und ohne Stimmenthaltungen - vier Abgeordnete sind nicht anwesend - hat die Beendigung der Wahlperiode nicht die erforderliche Mehrheit des Hohen Hauses gefunden. Die Mehrheit wären bei 99 MdL mindestens 50 Abgeordnete.

Meine Damen und Herren! Die Landesverfassung schreibt vor, daß wir nunmehr unverzüglich in den dritten Wahlgang zur Wahl eines Ministerpräsidenten eintreten. In dem nunmehr laut Artikel 65 Abs. 2 Satz 4 und 5 der Verfassung vorgeschriebenen dritten Wahlgang ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

Für den dritten Wahlgang liegt mir der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor, der da lautet:

„Der Landtag wählt Herrn Dr. Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt.“

Herr Scharf, bitte.

**Herr Scharf (CDU):**

Für die Fraktion der CDU nominiere ich Herrn Dr. Bergner.

(Beifall bei der CDU - Frau Dr. Sitte, PDS: Das ist aber inkonsequent! - Herr Dr. Bergner, CDU: Sie können ja auch noch jemanden nominieren, Frau Sitte!)

**Präsident Herr Dr. Keltel:**

Ich frage, ob es weitere Nominierungen gibt. - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Ich erspare mir weitere Ausführungen zur Verfahrensweise. Ich denke, wir haben bereits Übung in diesem Zusammenhang.

Zum Stimmzettel ist folgendes zu sagen. Wer Herrn Dr. Höppner wählen will, kreuzt entsprechend an; wer Herrn Dr. Bergner wählen will, kreuzt diesen Namen an. Wer sich der Stimme enthält, kreuzt Enthaltung an.

Ich bitte nun die Schriftführer des vorhergehenden Wahlgangs, wieder ihr Amt zu übernehmen.

Ich frage zunächst den Herrn Abgeordneten Biener, ob die Wahlurne leer ist. - Das ist ganz offensichtlich der Fall.

Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Geisthardt, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführer Herr Geisthardt ruft die Mitglieder des Landtags namentlich zur Stimmabgabe auf.)

Meine Damen und Herren! Damit ist der Namensaufruf beendet. Ich bitte nunmehr die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer um ihre Stimmabgabe. Abschließend wählt dann wieder der Sitzungsvorstand.

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob Abgeordnete im Saal sind, die ihre Stimme bisher nicht abgegeben haben. - Das ist nicht der Fall. Ich schließe deshalb diesen Wahlvorgang und werde das Wahlergebnis in Kürze bekanntgeben. Bis dahin tritt eine Unterbrechung von ca. zehn Minuten ein. Ich bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Unterbrechung: 20.29 Uhr.

Wiederbeginn: 20.36 Uhr.

**Präsident Herr Dr. Keltel:**

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich würde gern das Ergebnis des dritten Wahlganges bekanntgeben, nachdem Sie Ihre Plätze eingenommen haben.

Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis erbracht: abgegebene Stimmen 95, ungültige Stimmen keine, damit gültige Stimmen 95. Wie ich vorab erläuterte, ist zum Ministerpräsidenten gewählt, wer im dritten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

Für Herrn Dr. Höppner wurden 48 Stimmen abgegeben,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zustimmung bei der PDS)

für Herrn Dr. Bergner 37 Stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Es gab zehn Stimmenthaltungen.

Die erforderliche Mehrheit der abgegeben Stimmen hat somit Herr Dr. Höppner erreicht. Gemäß Artikel 65 Abs. 2 Satz 5 der Landesverfassung wurde damit der Herr Abgeordnete Dr. Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt gewählt.

Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Dr. Höppner, ob Sie die Wahl annehmen.

**Herr Dr. Höppner (SPD):**

Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Ich bitte die Vertreter der Medien sehr herzlich, den Fortgang der Sitzung zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:**

**Vereidigung des Ministerpräsidenten**

Nach Artikel 66 der Landesverfassung hat der Ministerpräsident vor der Amtsübernahme einen Eid vor dem Landtag zu leisten. Ich bitte alle Anwesenden im Saal, sich von den Plätzen zu erheben.

Herr Ministerpräsident, ich würde Sie bitten, zu mir zu kommen.

Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, den Amtseid zu leisten.

**Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes widmen, Verfassung und Gesetz wahren, meine Pflicht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Herr Ministerpräsident, ich beglückwünsche Sie zu dieser Wahl. Die besten Wünsche des Hohen Hauses begleiten Sie. Im Interesse des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Bürgerinnen und Bürger wünsche ich Ihnen Gesundheit, Glück und Erfolg. Dazu meinerseits diese Blumen.

**Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:**

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zustimmung bei der PDS)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich möchte heute abend auch sagen: Liebe Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt! Wir haben einen schweren Arbeitstag hinter uns, einen Tag, dessen Entscheidungen in den letzten dreieinhalb Wochen sorgfältig vorbereitet worden sind, einen Tag, der viele zum Nachdenken gebracht hat und der doch Schritt für Schritt bedachte Entscheidungen gefällt hat. Manches dabei mag ein bißchen turbulent gewesen sein; es sind die Mühen eines Neuanfangs.

Wir hatten die Aufgabe, das, was die Wählerinnen und Wähler uns am Wahltag gesagt haben, in Schritte praktischer Politik umzusetzen. Ich möchte allen danken, die das in der Form getan haben, daß sie mir das Vertrauen ausgesprochen haben, daß sie mir die Aufgabe übertragen haben, die nun freilich - das weiß ich - eine schwierige Aufgabe ist, nämlich die des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt.

Herr Scharf, Sie haben gesagt, ich habe einen schweren Weg gewählt. In der Tat, das weiß ich. Deswegen möchte ich auch allen sagen: Er ist zu schwer, als daß er nur Parteitaktik gewesen sein könnte. Nein, er ist das Engagement für ein Land, dessen Bürgerinnen und Bürger ich durch das Zusammenleben über Jahrzehnte kenne. Ich möchte es einmal so sagen: Ich mag die Menschen. Darum möchte ich für sie arbeiten.

Ich möchte gewiß ein Ministerpräsident für diejenigen sein, die mich gewählt haben, nicht nur hier im Landtag, sondern auch im Lande. Aber ich möchte auch ein Ministerpräsident für diejenigen sein, die mich nicht gewählt haben, die vielleicht einen anderen Weg für das Land als den besseren empfunden haben. Ich glaube, wir brauchen jetzt das Engagement aller Demokraten - damit meine ich jetzt nicht nur die Abgeordneten im Landtag; ich meine alle Demokraten in diesem Land, auf welcher Ebene, an welcher Stelle sie sich auch engagieren -, wir brauchen das Engagement der Bürger, damit in diesem Land wirklich auf breite Schultern verteilt das geleistet wird, was an Aufbauarbeit in den nächsten Jahren zu leisten ist.

Ich möchte ein Ministerpräsident sein, der das, was man manchmal etwas undifferenziert mit Politikverdrossenheit bezeichnet, durch Zuhören und durch entschlossenes Handeln überwinden hilft. Beides wird erforderlich sein, das Zuhören, das genaue Hinhören auf das, was die Menschen bewegt, und dann aber auch das entschlossene Handeln.

Es ist heute viel und mit großen Fragezeichen von Stabilität geredet worden. Stabilität entsteht nicht nur dadurch, daß sich zahlenmäßig große Mehrheiten zusammenschließen; die können auch handlungsunfähig sein. Nein, Stabilität entsteht, wenn es gelingt, ein Maß an Zusammenarbeit zu organisieren, das Solidarität bei der Problemlösung schafft. Diese Zusammenarbeit - dessen bin ich sicher - wird in diesem Landtag nötig sein, und ich bin auch überzeugt davon, sie wird möglich sein. Diese Zusammenarbeit wird auch über diesen Landtag hinaus mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande möglich und nötig sein.

Stabilität entsteht auch dadurch, daß da eine engagiert für das Land arbeitende Mannschaft oder Frauschaft handlungsfähig ist und die nötigen Entscheidungen konstruktiv, zügig, nach vorn blickend trifft. Darauf wird es ankommen. Das wird nun die schwierige Aufgabe sein. Dafür werden wir um Mitarbeit und um Mitstreiter werben müssen. Das ist aber Demokratie, die immer wieder um Mitstreiter wirbt.

Die Demokratie - das wissen wir inzwischen, das hat sicherlich etwas mit dem Herbst 1989 zu tun - wächst von unten. Politiker sind beauftragt, dieses von unten Wachsende, dieses Engagement der Bürger, ihre Sorgen aufzunehmen und in praktische Schritte der Politik umzusetzen. Auf diesen Weg wollen wir uns begeben. Da will ich mittragen, mitentscheiden, da will ich mode-

rieren, dabei möchte ich vorangehen, dazu bin ich jetzt gewählt. Ich weiß, es ist ein schwerer Weg, aber ich weiß, wir können es schaffen. Es steckt viel in all diesen vielen engagierten Bürgern im Land.

Ich bin überzeugt, daß es mit Mut und Engagement vorwärtsgeht. Wir werden, so hoffe ich, nach den vier Jahren alle noch deutlicher sagen können: Das war für unser Land Sachsen-Anhalt. - Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der PDS und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Herr Dr. Keitel:**

Meine Damen und Herren! Wir sind, was die Plenarsitzung anbetrifft, am Ende dieses Tages angekommen.

Ich lade Sie für morgen, 12 Uhr, zur nächsten Sitzung innerhalb der ersten Sitzungsperiode ein.

(Herr Scharf, CDU: 10 Uhr wurde vereinbart!)

- Ich lade Sie für morgen 12 Uhr zur Fortsetzung ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der 1. Sitzung: 20.53 Uhr.